

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## AUS DEM INHALT

Peter Lorenz  
Berliner Wahlen

Gustav Niermann  
Erfolgreiche Landwirtschaftspolitik  
in Nordrhein-Westfalen

Dietrich von Oppen  
Der deutsche Bauer  
im größeren Raum

Walter Leibrecht  
Konzil, Papst und Ökumene

**3**

1963

11. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

## Inhaltsverzeichnis

<b>Heinrich von Brentanos schwere Aufgabe</b>	<b>1</b>
Will Rasner	
<b>Kurz kommentiert</b>	
<b>Die so korrekte Postverwaltung — Bundeswehr und Öffentlichkeit</b>	<b>3</b>
<b>Berliner Wahlen</b>	<b>4</b>
Peter Lorenz	
<b>Erfolgreiche Landwirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>7</b>
Gustav Niermann	
<b>Der deutsche Bauer vor den menschlichen und sozialen Fragen im größeren Raum</b>	<b>9</b>
Dietrich von Oppen	
<b>Der Mensch in der Landwirtschaft</b>	<b>14</b>
Detlef Struve	
<b>Konzil, Papst und Ökumene (II)</b>	<b>15</b>
Betrachtungen eines Protestanten zum Vatikanischen Konzil	
Walter Leibrecht	
<b>Pressestimmen</b>	<b>18</b>
<b>Bücher</b>	<b>19</b>
William O. Shanahan, Der Protestantismus vor der sozialen Frage	

---

### Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Will Rasner, MdB, (Bonn, Bundeshaus) ist Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. — Rechtsanwalt Peter Lorenz, MdA, (Berlin W 30, Rankestr. 20) ist stellvertr. Landesvorsitzender der CDU in Berlin. — Gustav Niermann, MdL, (Düsseldorf-Nord, Roßstr. 135) ist Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten in Nordrhein-Westfalen. — Prof. Dr. Dietrich von Oppen, (Wehrda, Am Kornacker) ist Ordinarius für Sozialethik an der Universität Marburg. Vorliegendes Referat wurde im Herbst 1961 bei einer Tagung der ev. Akademie in Arnoldshain/Taunus gehalten. — Detlef Struve, MdB, (Bonn, Bundeshaus) ist Landwirt und stellvertr. Fraktionsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. — Prof. Dr. Walter Leibrecht (5700 Woodlawn Ave. Chicago 37) lehrt syst. Theologie und Religionsphilosophie an der Universität Chicago, USA.

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers

und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU/CSU

11. Jahrgang, Heft 3

März 1963

---

## Heinrich von Brentanos schwere Aufgabe

Will Rasner

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages hat sich auf ihrer Vorstandssitzung am 4. März und auf ihrer Fraktionssitzung am 5. März dieses Jahres eingehend mit der Frage der Nachfolge Dr. Adenauers im Amt des Bundeskanzlers beschäftigt. Am Ende dieser beiden Sitzungen wurde der Fraktionsvorsitzende, Dr. von Brentano, von seiner Fraktion einstimmig — auch Adenauer und Erhard stimmten zu — beauftragt, alle notwendigen Gespräche mit den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien der Partei, der Bundesregierung und der Fraktion zu führen. Die Fraktion brachte dabei den Wunsch zum Ausdruck, daß Dr. von Brentano allein federführend sein soll für diese Gespräche und Verhandlungen, damit die Vorbereitungen für die Neuwahl eines *Bundeskanzlers in einer Hand liegen. Eine zeitliche Begrenzung für seinen Auftrag* wurde Dr. von Brentano nicht gesetzt. Die Fraktion geht jedoch davon aus, daß die Besprechungen über die Kanzlernachfolge so schnell wie möglich abgeschlossen werden sollen, und wünscht, daß Dr. von Brentano ihr nur einen Vorschlag vorlegt.

Auf den letzten Sitzungen der Fraktion hat man sich verständlicherweise trotz der öffentlichen Diskussion noch nicht mit einzelnen Namen befaßt. Es ging lediglich darum, das Vorgehen bei der Auswahl des Kandidaten festzulegen. Das Entscheidende war, daß eine politische Persönlichkeit der CDU/CSU mit den Verhandlungen beauftragt wurde und die Dinge nun ernsthaft in Angriff genommen werden. Die Fraktionsführung geht davon aus, daß nach der Beauftragung Dr. von Brentanos die öffentlich geführte partei-interne Diskussion bei allem Verständnis für das Interesse der Öffentlichkeit an dieser Frage nun aufhört und daß Dr. von Brentano seine Bemühungen in Ruhe abwickeln kann.

Es kann als sicher angenommen werden, daß Dr. von Brentano zunächst sowohl mit den Präsidiumsmitgliedern der CDU, vor allem mit dem geschäftsführenden Vorsit-

zenden Duffhues, wie auch mit dem Vorstand der CSU, unserer bayerischen Schwesterpartei, Gespräche führen wird, bevor die endgültige Abklärung in der Gesamtfraktion erfolgt. Es ist in hohem Maße wahrscheinlich, daß die Fraktion den von Dr. von Brentano gemachten Vorschlag geschlossen annimmt und sich dann alle hinter den Kandidaten stellen. Selbstverständlich muß dieser Vorschlag auch mit unserem Koalitionspartner, der FDP, abgesprochen werden, da eine möglichst breite Mehrheit bei der Kanzlerwahl erreicht werden soll. Ich bin davon überzeugt, daß sich die Fraktion der FDP loyal mit uns über unseren Vorschlag verständigen wird.

Wenn Dr. von Brentano seine Gespräche abgeschlossen hat, muß er den Bundespräsidenten aufsuchen. Nach der Verfassung macht bekanntlich der Bundespräsident für den ersten Wahlgang den Vorschlag bei der Neuwahl des Bundeskanzlers. Die Verhandlungen, die Dr. von Brentano zu führen hat, sind also praktisch Sondierungsgespräche, die dem Bundespräsidenten die Möglichkeit geben sollen, dem Bundestag einen Vorschlag zu unterbreiten, der auch die sichere Gewähr dafür bietet, eine Mehrheit im ersten Wahlgang zu erhalten.

Ich glaube, es ist kein Nachteil, daß die CDU/CSU zur Stunde noch keine einheitliche Auffassung in der Frage des Kanzlernachfolgers hat. Wenn auch in der Öffentlichkeit darüber viel diskutiert wird, so ist doch der Nutzen einer eingehenden Diskussion innerhalb der Fraktion größer als der mögliche Schaden. Eine solche Diskussion beweist, daß in der CDU/CSU-Fraktion ein lebendiges demokratisches Ringen möglich ist und daß hier nichts von oben herab verfügt wird. Diese Diskussion beweist darüber hinaus nur, daß die CDU/CSU über mehrere Männer verfügt, die geeignet sind, das hohe Amt des Bundeskanzlers zu übernehmen.

Selbstverständlich wird Dr. von Brentano bei seinen Gesprächen und Konferenzen Wert darauf legen, im Einvernehmen mit dem jetzigen Bundeskanzler Dr. Adenauer zu handeln. Es ist gut und notwendig, daß das Vertrauen, das der jetzige Bundeskanzler genießt, von diesem auf seinen Nachfolger übertragen wird. Dieser Wunsch der Fraktion wird sicherlich auch von der Mehrheit der Bevölkerung verstanden. Er bedeutet aber auch keineswegs, wie oft fälschlich behauptet wird, daß dem Bundeskanzler dadurch ein Vetorecht eingeräumt würde. Der Bundeskanzler ist sich darüber auch selber völlig im klaren. Die CDU/CSU hat immer erklärt, daß sie keine Lösung der Kanzlernachfolgefrage gegen oder ohne Konrad Adenauer vornehmen, sondern daß sie es in Zusammenarbeit mit ihm tun wolle. Der neue Kanzler soll seine Autorität auch auf die in Jahrzehnten gewachsene Autorität seines Vorgängers stützen können. Wer denkt bei Dr. Adenauers Rücktritt nicht an Bismarcks Ausscheiden aus dem Amt!

Natürlich werden die Beratungen der führenden Männer und Frauen der CDU/CSU eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß bis zur Nominierung des Nachfolgers Dr. Adenauers im Amt des Bundeskanzlers noch viel in Presse, Rundfunk und Fernsehen über dieses Problem orakelt werden wird. Das ist nur natürlich. Es werden auch viele Politiker, die der CDU/CSU nicht wohl wollen, darüber sprechen. Das wird sich auch ertragen lassen. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik aber darf davon überzeugt sein, daß Dr. von Brentano am Ende seiner schweren Besprechungen eine Persönlichkeit vorschlagen wird, die in den kommenden Jahren das Amt des Kanzlers mit Umsicht und Energie ausfüllen wird.

## Die so korrekte Postverwaltung

Wer das innenpolitische Leben der Bundesrepublik aufmerksam beobachtet, bemerkt immer wieder, wie sehr ihr das Staatsbewußtsein fehlt. Die Klage darüber ist weit verbreitet, und mancherlei halbstaatliche Organisationen versuchen, dem Mißstand abzuweichen. Sie tun allerdings weitgehend eine Sisyphos-Arbeit, denn viele ihrer Bemühungen werden gerade durch staatliche Stellen mit leichter Hand und unüberlegt zunichte gemacht. Die Art, wie die Bundespost die neueste Gebührenerhöhung durchführte, ist ein trauriges Beispiel dafür.

Sicherlich ist gegen die Gebührenerhöhung selbst schwer etwas zu sagen. Bei steigendem Wohlstand und steigenden Preisen können die Gehälter und Löhne der Beamten nicht einzementiert werden. Ebenso deutlich ist aber auch, daß der Bürger die Notwendigkeit der Maßnahme zwar einsehen kann, aber kaum begrüßen wird. Er wäre überfordert, wollte man das von ihm verlangen. Will der Staat dieses psychologische Hindernis im Interesse eines guten Verhältnisses zwischen Bürger und Staat überwinden, muß er mit einigem Geschick handeln.

Die jüngste Gebührenerhöhung der Post hat dieses Geschick in jeder Richtung vermissen lassen. Wer am 2. März eine Postkarte erhielt, konnte sicher sein, Strafgebühren zahlen zu müssen. Die Post ging mit großer Gewissenhaftigkeit vor, und die Beamten untersuchten sorgfältig, ob die Karte evtl. noch am 28. Februar um 23.00 Uhr abgestempelt war. Hatte die Unglückliche der Stempel der Post jedoch am 1. um 01.00 Uhr getroffen, so war sie sicher, dem Empfänger Ärger zu bereiten. Gewiß, die Beamten waren im Recht, denn die Gebührenerhöhung war gültig. Die Obrigkeit konnte rechtens so vorgehen. Aber es war keine gute Obrigkeit, die so handelte. Hätte man dem Bürger wirklich nicht 14 Tage Zeit lassen können, sich an die neuen Gebührensätze zu gewöhnen? Mußte man ihn sofort bestrafen? Eine kluge Verwaltung hätte zwar den Termin der Erhöhung nicht geändert, aber die Strafen für das in dieser Situation normale Versehen nicht sofort in Kraft gesetzt. Aber leider haben wir keine kluge Postverwaltung.

All dies läßt sich noch mit psychologischem Ungeschick auf Seiten der Post oder mit veraltetem obrigkeitsstaatlichem Denken erklären. Wenn etwas angeordnet ist, so muß es auch getan werden; wird es nicht getan, so muß man eben strafen. Ein grober Verstoß gegen die Pflege des Staatsbewußtseins ist es allerdings, wenn der erzürnte Staatsbürger feststellen muß, daß die Post für die Gebührenerhöhung nicht einmal recht Vorsorge getroffen hat. Geht man nämlich an den Postschalter, um 5 Pfg.-Marken zu kaufen, so erfährt man, daß sie ausgegangen und frühestens in zwei Wochen wieder zu haben seien. Genauso geht es hier und da, wenn man neue Postkarten kaufen will. Alle Klagen über das Fehlen des Staatsbewußtseins, gerade auch von Seiten der Beamtenschaft sind un-

nütz, solange wir nicht lernen, daß der Staat jenes Bewußtsein wie eine schwache Pflanze pflegen muß. Die Beamtenschaft ist dazu als erste berufen. Sie hat leider wieder einmal versagt. e. a.

## Bundeswehr und Öffentlichkeit

In den vergangenen Monaten ist immer wieder mit großem Ernst — vor allem aus der Truppe selbst — gefordert worden, man solle die Bundeswehr aus der parteipolitischen Polemik heraushalten, weil sie dringend Ruhe brauche, um den ihr gestellten Aufgaben gerecht werden zu können. Dazu bedarf es freilich einer gewissen Zurückhaltung, der Öffentlichkeit wie der Truppe selbst.

Es war nicht gut, daß General Foertsch den Autor des Stückes „Stalingrad“, Claus Hubalek, attackierte und der Generalinspekteur der Bundeswehr damit in den Mittelpunkt einer öffentlichen Diskussion geriet. Das gleiche gilt für jenen Obersten, der in Zürich behauptet haben soll, das publizistische Leben in der Bundesrepublik sei weitgehend von Linksintellektuellen beherrscht, die der kommunistischen Infiltrationstechnik in die Hände arbeiteten. Diese wohl unhaltbaren Behauptungen führten zu einer für die Bundeswehr äußerst mißlichen Polemik in der Öffentlichkeit. Die SPD war zu Recht über diese Pauschalurteile eines hohen Offiziers wenig erbaut und meinte, ein solcher Mann gehöre nicht ins Verteidigungsministerium. Die CDU stellte sich in ihrem Pressedienst ostentativ vor den kritisierten Oberst und sprach, nicht weniger pauschal in ihrem Urteil als dieser, von dem „Unwesen, das eine gewisse nihilistisch eingestellte Clique in bestimmten Sektoren unseres publizistischen Lebens“ treibe.

Die Bundeswehr ist keine Truppe der Regierungsmehrheit. Sie sollte vermeiden, Fronstellungen wie hier Bundeswehr-CDU, dort SPD herbeizuführen. Die Offiziere sind gewiß „Staatsbürger in Uniform“ und haben als solche das Recht der freien Meinungsäußerung, aber sie sollten von diesem Recht nur mit größtem Verantwortungsbewußtsein für das ihnen anvertraute, hochempfindliche Instrument „Bundeswehr“ Gebrauch machen.

Außerdem wird man fragen müssen, ob nicht eine solche Polemik gegen die Intellektuellen bei vielen Abiturienten und Studenten eine Abneigung schaffen kann, den Beruf des Offiziers zu wählen. Auf diese jungen Menschen aber ist die Bundeswehr angewiesen, will sie ein Korps von Offizieren aufbauen, die geistig beweglich und aufgeschlossen für die Fragen der Zeit sind. Der Offizier unserer Tage braucht eine Eigenschaft, die man bei den Intellektuellen so gerne tadelt: die Bereitschaft zum kritischen Fragen und den Willen, sich ein eigenes Urteil zu bilden. b. u.

# Berliner Wahlen

Peter Lorenz

Die Berliner Wahlen vom 17. Februar 1963 wurden — wie alle Berliner Wahlen seit dem Zusammenbruch — von der deutschen und der Weltöffentlichkeit wieder mit besonderem Interesse verfolgt. Wie bisher stets glaubt man, aus dem Berliner Wahlergebnis die Einstellung der Bevölkerung zu der Politik der Sowjets und ihrer Satelliten in Pankow ablesen zu können. Ja die Berliner Wahlen gelten geradezu als ein Testfall dafür, wie die Bevölkerung Ostberlins und der Zone wählen würde, wenn sie frei wählen könnte. Da die Situation Berlins wie die kaum irgendeines anderen Punktes der Welt abhängig ist von den internationalen Machtverhältnissen, möchten viele internationale Beobachter darüber hinaus auch immer gern aus dem Votum der Berliner Wähler eine Stellungnahme zur internationalen Politik herauslesen. Das geht so weit, daß manche ausländischen Journalisten aus dem Wahlergebnis ein Votum für Kennedy und gegen de Gaulle konstruieren wollten. Andere wieder sind auf Grund der politischen Auseinandersetzungen zwischen SPD und CDU in Berlin zu der Auffassung gelangt, daß die Berliner neuerdings gegenüber sowjetischen politischen Vorstellungen nicht mehr so hart ablehnend eingestellt seien, wie das noch vor etwa zwei Jahren der Fall gewesen sei.

Solche politischen Schlußfolgerungen aus dem Wahlergebnis sind übertrieben und oft wegen der Vereinfachung falsch oder sogar gefährlich. Richtig ist nur, daß die Berliner auf Grund ihrer Situation politisch besonders aufgeschlossen sind und daher auch auf politische Entwicklungen besonders empfindlich reagieren können. Natürlich haben die Berliner im Laufe der Jahre nach dem Zusammenbruch eine bestimmte Vorstellung darüber gewonnen, wer ihre Freiheit und die Sicherheit ihrer Existenz am besten garantieren könnte. Trotz mancherlei Enttäuschungen über wirkliche oder vermeintliche Unterlassungen der Amerikaner im Zusammenhang mit der Politik um Berlin sehen die Berliner eben doch in der Anwesenheit der amerikanischen Truppen und in der Garantie der amerikanischen Regierung für diese Stadt die beste Gewähr für ein Fortbestehen ihrer Sicherheit. Die Berliner sind Europäer und wünschen natürlich einen Zusammenschluß möglichst vieler Staaten des freien Europa, weil sie darin eine Kräftigung des freien Westens erblicken. Jedoch bleibt auch hier nicht unbemerkt, daß bei kritischen Phasen der Berliner Politik, bei denen sich die Amerikaner — wie beispielsweise General Clay in der Zeit nach dem 13. August 1961 — um eine harte und deutliche Vertretung ihrer Rechte und Interessen in Berlin bemüht haben, oft die anderen beiden Schutzmächte in Berlin, die Briten und die Franzosen, sich diesem Kurs nur zögernd oder gar nicht angeschlossen haben. Man glaubt, feststellen zu müssen, daß die kompromißlose Politik de Gaulles gegenüber der Sowjetunion in Berlin selbst in den praktischen Tagesfragen keineswegs immer so deutlich zum Ausdruck kommt.

All diese Faktoren spielen natürlich bei der politischen Meinungsbildung eine Rolle; sie sind aber für das Wahl-

ergebnis nicht ausschlaggebend gewesen. Die Tatsache, daß die SED von ihren knapp 2%, die sie 1958 ohnehin nur noch bekommen hatte, noch etwa 1/3 verloren hat, zeigt deutlich die Absage der Berliner an alle Bemühungen des Ulbricht-Regimes um diese Stadt. Das konnte nach der Errichtung der Mauer nicht anders erwartet werden. Darüber hinaus bekennen sich die Berliner eindeutig zu der Zusammenarbeit der freien Welt und sind über jede Störung dieser Zusammenarbeit unglücklich, weil sie längst erkannt haben, daß nur Einigkeit und Stärke des Westens ihre Lebensinteressen wahren können.

Die Wahlen haben einen erheblichen Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratische Partei und für ihren Spitzenkandidaten Willy Brandt, einen empfindlichen Stimmenrückgang der CDU und das Wiedererscheinen der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus mit sich gebracht. Über die Gründe für diese Machtverschiebung innerhalb Berlins ist seither in der Presse und in der Öffentlichkeit viel Vordergründiges gesagt worden. Man sollte sich aber hüten, dieses Wahlergebnis nur als Reaktion der Berliner auf Tagesereignisse zu interpretieren.

## Die „totale Koalition“

Um die Entwicklung der Parteien-Sympathie in Berlin festzustellen, wird auch hier schon seit Jahren von allen Parteien das Mittel der demoskopischen Umfrage angewandt. Wenn man ihre Ergebnisse zu Grunde legt, so ergibt sich zunächst, daß — ausgehend von dem Wahlergebnis im Jahre 1958 — verschiedene Faktoren langfristig zu dem heutigen Parteienproporz geführt haben. 1958 hatte die SPD 52,6%, die CDU 37,7%, während die FDP unter der 5%-Grenze blieb und daher überhaupt nicht mehr im Abgeordnetenhaus vertreten war. Die beiden großen Parteien bildeten eine Koalition, obwohl das nach dem Wahlergebnis keineswegs selbstverständlich sein konnte. Jedoch war ein paar Tage vor der Wahl Chruschtschows Ultimatum ausgesprochen und seine Forderung nach einer sogenannten „Freien Stadt“ erhoben worden. Die Abwehr dieses Anschlages auf die Freiheit Berlins schien ein Zusammenarbeiten aller Kräfte erforderlich zu machen. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß innenpolitisch sicher manche Berliner ein solches Zusammengehen der beiden allein im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien auf längere Sicht als falsch empfunden haben. Das Wort von der „totalen Koalition“ entstand, es wurde den Parteien „Filzokratie“ vorgeworfen, es regten sich Stimmen auch in der Presse, die das Nichtvorhandensein einer Opposition im Parlament bedauerten. Zwar war als Ergebnis aller demoskopischen Umfragen immer wieder festzustellen, daß ein großer Teil der Berliner eine solche Koalition — mindestens für gefährliche politische Situationen — befürwortete. Dennoch hatte diese Koalition letzten Endes für die kleinere Partei, also die CDU, entscheidende Nachteile. Ihr Einfluß im Senat war nicht gering, und vieles, was während der letzten vier Jahre in Berlin getan wurde, ist auf ihre Initiative zurückzuführen. Es liegt aber auf der Hand, daß solche Maßnahmen, besonders wenn sie populär sind, in der Regel doch dem stärkeren Partner in einer solchen Koalition im Bewußtsein der Bevölkerung zugute kommen. Aufs Ganze gesehen ist es schwer zu sagen, ob die Tatsache dieser Koalition

sehr wesentlich zu der Wahlniederlage der CDU beigetragen hat. Immerhin hätte die FDP ohne eine solche Koalition nicht die Möglichkeit gehabt, ihren Wahlkampf mit Parolen zu führen, die eine Opposition und ein „lebendiges Parlament“ forderten.

Sehr einschneidend für die Berliner innenpolitische Entwicklung war die endgültige Teilung der Stadt durch den Bau der Mauer am 13. August 1961. In der Folgezeit war zum ersten Male ein erheblicher Einbruch in die bis dahin konstante Sympathie der Wähler für die CDU zu spüren, da man weithin in Berlin den Eindruck hatte, als ob die führenden Leute der Bundesrepublik, insbesondere auch der Bundeskanzler selbst, die politische und psychologische Situation nicht richtig erkannt hätten, die sich aus den Ereignissen des 13. August 1961 ergeben haben. Man warf dem Bundeskanzler vor, er sei zu spät nach Berlin gekommen und allgemein entstand der Eindruck, als ob, soweit die deutsche Seite in Frage kommt, die Lage in Berlin vor allem von dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt gemeistert worden sei. Hier mischt sich Wahres mit Legende. Entscheidend ist jedoch, daß die Bundesregierung wenig dazu getan hat, um diesen Eindruck richtig zu stellen. Dabei spielte eine besondere Rolle die Tatsache, daß zu jener Zeit der Bundestagswahlkampf auf vollen Touren lief, in dem Brandt als Kanzler-Kandidat der SPD um die Gunst der Wähler rang. Gerade nach dem 13. August 1961 begann der Bundeskanzler, den sozialdemokratischen Kanzler-Kandidaten scharf persönlich anzugreifen, was nicht nur in Berlin nicht verstanden wurde. Ein solches Vorgehen hat dem Bundeskanzler damals viele Sympathien gekostet und dem sozialdemokratischen Kanzler-Kandidaten viele Sympathien eingetragen. Diese Entwicklung war um so bemerkenswerter, als die Kanzler-Kandidatur Brandts in Berlin im Sommer 1961 keineswegs große Sympathien bei der Bevölkerung hatte.

### Der 13. August 1961

Obwohl die Berliner CDU an den Geschehnissen des Bundestagswahlkampfes und an den Reaktionen der Bundesregierung auf den 13. August 1961 keinen Anteil hatte, wurde ihre Position durch diese Ereignisse auch in Berlin schwieriger. Gleichwohl ist es ihr gelungen, in den folgenden Monaten einen größeren Teil der Sympathien wieder zurückzuholen, die sie als Folge dieser Ereignisse zunächst verloren hatte. Aus einer Meinungsumfrage im Juni 1962 ergibt sich, daß die Wähler-Sympathie damals — wenn man die unentschlossenen Wähler anteilig auf diejenigen aufteilt, die eine Meinung geäußert haben — zu 55% bei der SPD und zu 37% bei der CDU lag, die CDU also fast das Terrain wiedergewonnen hatte, das die Wähler ihr durch das Wahlergebnis 1958 zugebilligt hatten.

Eine entsprechende Umfrage hat im Dezember 1962 ergeben, daß der Wählerwille sich entscheidend geändert hatte. 67% erklärten jetzt, sie würden die SPD wählen, 27% würden ihre Stimme der CDU und 6% der FDP geben. Während dieser Zeit hatte sich in Berlin nichts zugetragen, was auch nur entfernt diesen Stimmenzuwachs der SPD und den Stimmenverlust der CDU hätte begründen können. Im Gegenteil, zur gleichen Zeit war die Popularität des CDU-Vorsitzenden Franz Amrehn stetig angestiegen, der mit Längen vor allen anderen

nach Brandt der bekannteste Politiker Berlins war. Mehrere Untersuchungen zeigten dann auch, daß dieser Rückgang der Wähler-Sympathie fast ausschließlich auf bundespolitische Entwicklungen zurückzuführen war. In der Zwischenzeit nämlich hatten die dauernden öffentlichen Redereien um den Rücktrittstermin des Bundeskanzlers, Spannungen zwischen Adenauer und Erhard und Schwierigkeiten bei der sogenannten Kanzler-Nachfolge ihre Wirkung auf das Bewußtsein der Bevölkerung nicht verfehlt. Vor allem aber haben die Vorgänge um die Spiegel-Affaire, die damit zusammenhängende Regierungskrise, das Verhalten und schließliche Ausscheiden des Bundesministers Strauß aus der Regierung einen tiefen negativen Eindruck hinterlassen. Diese Ereignisse haben gerade in Berlin sehr viele Menschen veranlaßt, ihre Stimme nicht mehr der CDU zu geben. Das war selbst für die Union überraschend, weniger deshalb, weil die Berliner CDU mit den Ereignissen nichts zu tun hatte — sie wird immer als Teil der Gesamt-CDU betrachtet werden — als vielmehr deshalb, weil man bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck gewinnen mußte, daß diese Dinge in Berlin am wenigsten Aufregung verursacht hatten. Die Berliner Presse hat sich all diesen Ereignissen gegenüber am zurückhaltendsten gezeigt. Aber an diesem Beispiel ist abzulesen, wie wenig die öffentliche Meinung mit der Haltung der Presse identifiziert werden kann. Das ist später noch einmal deutlich geworden anlässlich der Auseinandersetzungen zwischen Brandt und Amrehn um den geplanten Chruschtschow-Besuch Brandts in Ostberlin. In diesem Zusammenhang war der größte Teil besonders der meinungsbildenden Presse durchgehend auf Seiten der CDU, ohne daß man den Eindruck haben konnte, daß diese Stellungnahme oder daß überhaupt Argumente auf die große Masse der Berliner einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt hätten.

Zwischen den Koalitionspartnern SPD und CDU war es schon seit der Kandidatur Brandts bei den Bundestagswahlen zu Spannungen gekommen. Ernsthafte Auseinandersetzungen begannen jedoch im Jahre 1962 um die Frage der Berlin-Politik. Die CDU vertrat nach wie vor die Auffassung, daß der Viermächte-Status in Berlin — wenn er auch von den Sowjets einseitig gebrochen worden ist — als rechtliche Grundlage weiter bestehen müsse, da nur von ihm die originären Rechte der Westmächte für den Aufenthalt ihrer Truppen in Berlin abzuleiten seien. Jede Interimslösung, die diese rechtliche Grundlage verschoben, an ihre Stelle etwa eine neue vertragliche Regelung zwischen den früheren Besatzungsmächten geschaffen hätte, schien der CDU der Beginn eines gefährlichen Weges zu sein. Die CDU hat auch immer jede Art von Anerkennung des Zonenregimes abgelehnt; sie hat erklärt, daß der ungelöste Zustand Berlins, ja, daß gerade das anachronistische Besatzungsregime der treffende Ausdruck für die Situation Deutschlands sei und daß dieser Zustand erst durch eine gesamtdeutsche Regelung abgelöst werden könne. Jede „Zwischenlösung“ berge die Gefahr in sich, daß die Spaltung Deutschlands auf unabsehbare Zeit zementiert würde.

Demgegenüber ist aus vielerlei Äußerungen und der Verhaltensweise der führenden Sozialdemokraten, insbesondere Willy Brandts und seines politischen Beraterkreises, zu entnehmen, daß man hier offenbar neue politische

Wege gehen will. Man strebt eine Interimslösung für Westberlin an, erklärte, daß für Westberlin ein Dreimächte-Statut geschaffen werden müsse und war und ist anscheinend bereit, mindestens ein gewisses Maß der Anerkennung der Zone in Kauf zu nehmen, um die Westberliner Situation zu stabilisieren. Auch wurde erklärt, daß man bereit sei, politische Preise für die Erleichterung des Verkehrs der Bevölkerung zwischen Ost- und Westberlin zu zahlen.

### Der Chruschtschow-Besuch

Die Meinungsunterschiede, die hier nur kurz skizziert werden können, traten immer deutlicher hervor und sind tiefgreifender Art. Sie sind einige Male auch im Abgeordnetenhaus — so etwa anlässlich eines Spiegel-Interviews des Innensenators Albertz — deutlich zum Ausdruck gekommen, ohne daß man jedoch den Eindruck haben konnte, daß sie tief in das Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen wären. Vielmehr ging die Bevölkerung wohl bis zum Januar 1963 immer noch davon aus, daß es sich hier mehr um Fragen der Methode als um grundsätzliche Auffassungsunterschiede handelte. Erst die Rücktrittsdrohung der CDU-Mitglieder des Senats anlässlich des geplanten Chruschtschow-Besuchs Brandts zeigten der Berliner Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit, welche Meinungsverschiedenheiten hier inzwischen entstanden waren. Die Zeitspanne von vier Wochen von diesem Zeitpunkt bis zur Wahl war jedoch wohl zu kurz, um die politischen Standpunkte der Mehrheit der Bevölkerung deutlich zu machen. Dazu kam, daß die ganze Diskussion überschattet wurde von der Frage, ob unabhängig von politischen Meinungsverschiedenheiten über den Berlin-Kurs ein Gespräch mit Chruschtschow zweckmäßig sei oder nicht und daß weithin die Illusion eine Rolle spielte, daß Brandt möglicherweise bei einem solchen Gespräch mit Chruschtschow Erleichterungen für das Zueinanderkommen der Menschen zwischen Ost- und West-Berlin erreicht hätte. Es besteht kein Zweifel, daß zunächst Brandt die Sympathien sehr vieler Berliner hatte, so daß die CDU erst langsam die Bevölkerung mit ihren Argumenten beeinflussen konnte.

Inwieweit diese ganze Affaire — die im übrigen auch noch zu einer erheblichen Verhärtung des Wahlkampfes und zur Kritik an seinen Methoden führte — aber wirklich entscheidend zur Bildung des Wählerwillens beigetragen hat, ist mindestens heute noch sehr umstritten. Zweifelsohne hat sie Leidenschaften auf beiden Seiten aufgerührt und hat den Entschluß der CDU, nach dem Wahlergebnis sich an der Regierungsbildung nicht zu beteiligen, erleichtert. Wenn man aber das letzte Umfrageergebnis von Mitte Januar 1963 zu Grunde legt, nach dem 67% der Wähler die SPD, 27% die CDU und 6% die FDP zu wählen beabsichtigten, so kann mindestens bis heute nur gesagt werden, daß im Ergebnis — abgesehen von den rund 1,4% SED-Stimmen — ca. 4% der Wähler sich noch von der SPD abgewandt haben, und zwar gleichmäßig zur CDU und zur FDP. Was sich zwischendurch noch für eine Bewegung ergeben haben mag, wird außerordentlich schwer festzustellen sein.

Bei der Betrachtung von Wähler-Sympathien müssen außerdem noch eine Reihe anderer Faktoren beachtet werden. Zunächst einmal ist die Stamm-Wählerschaft der

SPD in Berlin mindestens doppelt so groß wie die der CDU, so daß Zunahme oder Rückgang des Einflusses der Union noch weit mehr als bei der SPD vom politischen Klima im Bund und in Berlin abhängig sind. Darüber hinaus ist der sozialdemokratische Spitzenkandidat Willy Brandt in Berlin seit langem sehr populär, und seine Popularität hat nach vorübergehendem Absinken durch die Ereignisse des 13. August 1961 erneut zugenommen. Es darf auch nicht verkannt werden, daß der Bundeskanzler seit der Zeit nach den Bundestagswahlen mehrmals seine Einigkeit mit Brandt in den wesentlichen politischen Fragen betont hat. Brandt hat sich auch sehr häufig bei politischen Stellungnahmen darauf berufen, daß er mit dem Bundeskanzler einig sei. Ob das wirklich der Fall war und worüber zwischen den beiden tatsächlich gesprochen worden ist, ist bis heute nicht geklärt. Jedoch mußte die breite Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, daß die Stellungnahmen Brandts auch zur Berlin-Politik die volle Billigung des Bundeskanzlers haben. Am deutlichsten wurde das wieder bei dem Streit um den geplanten Chruschtschow-Besuch, als Brandt unwidersprochen eine Äußerung des Bundeskanzlers verbreiten konnte, die als Zustimmung zu seinem Vorgehen ausgelegt werden mußte. In einer solchen Situation ist es für die CDU in Berlin nicht leicht gewesen, ihre in der Sache ernst gemeinte und keineswegs wahltaktisch begründete abweichende Politik deutlich zu machen, insbesondere als zeitweilig der Eindruck entstehen konnte, als ob sie in dieser Sache gegen Brandt und gegen den Bundeskanzler völlig allein stünde.

### Die CDU in der Opposition

Nach dem Wahlergebnis vom 17. Februar 1963 hat die CDU beschlossen, im neuen Berliner Abgeordnetenhaus die Opposition zu bilden, während die mit einer überwältigenden Mehrheit ausgestattete SPD mit der kleinen FDP eine Koalition bilden wird. Die SPD ist ihrem Koalitionspartner gegenüber mit der Überlassung von drei Senatoren-Ämtern außerordentlich großzügig entgegengekommen, weil sie nach außen hin den Eindruck vermeiden will, als ob sie die FDP nur als Mitläufer-Partei betrachte. In Wahrheit wird natürlich die Sozialdemokratie voll die Linie der Berliner Regierungspolitik bestimmen, was sich schon daraus ergibt, daß auch das Amt des Bürgermeisters von Berlin, des Stellvertreters Brandts also, in Zukunft durch einen Sozialdemokraten ausgeübt wird. Es ist zwar mit Sicherheit anzunehmen, daß es im Laufe der kommenden Amtsperiode des Senats zwischen den Koalitionspartnern zu Schwierigkeiten kommen wird. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß sich die SPD und die FDP in der Hauptsache auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik unterscheiden, daß diese beiden politischen Sachgebiete jedoch in Berlin eine untergeordnete Rolle spielen, da die Gesetzgebungsbefugnisse hauptsächlich beim Bundestag liegen. In kulturpolitischen Fragen sind sich SPD und FDP schon oft sehr nahe gekommen. In Berlin kommt noch hinzu, daß nach der Spaltung der FDP überwiegend Linksliberale in dieser Partei führend sind, die ohnehin mehr zur Sozialdemokratie hinneigen als etwa zu einer Bindung mit der CDU.

Die Union hat die Absicht, in den Existenzfragen Berlins mit allen demokratischen Parteien zusammenzu-

stehen, jedoch deutlich ihre Meinung zur weiteren Berlin-Politik zu sagen und in innenpolitischen Fragen eine konstruktive Opposition zu betreiben. Das wird gerade in Berlin, wo mehr als anderswo die Gemeinsamkeit im Vordergrund steht, nicht leicht sein, und die Union ist sich auch darüber im klaren, daß sie allein mit der Tatsache, nicht an der Regierung beteiligt zu sein, noch nicht etwa einen Wahlsieg für 1967 in der Tasche hat. Andererseits kann man erwarten, daß die mit einer so großen

Mehrheit ausgestattete Sozialdemokratie in den kommenden Jahren in Berlin auf einigen politischen Gebieten, insbesondere auch in der Personalpolitik, die Kritik der Wähler und auch der Presse herausfordern wird. Die Berliner CDU geht unbeirrt und zuversichtlich in die nächste Runde der Politik in Berlin. Sie hofft, daß es auch der Bundespartei gelingen wird, ihre Krisen zu überwinden und ihre alte Führungsrolle in der deutschen Bundesrepublik wiederzugewinnen.

## Erfolgreiche Landwirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen

Gustav Niermann

Die Wirtschaftsstruktur des Landes Nordrhein-Westfalen wird weitgehend von der Industrie bestimmt. Kohle, Eisen und Stahl haben der Landschaft an Rhein und Ruhr den Stempel aufgedrückt. Von Dortmund bis Krefeld, von Hamm bis Siegen dröhnt unaufhörlich der Lärm industrieller Anlagen.

Aber in diesem Land geht auch der Pflug des Bauern über das Feld. In der Soester Börde, im weiten Münsterland, in der rheinischen Bucht und am Niederrhein dehnen sich fruchtbare Äcker und saftige Weiden. Auch an den Abhängen des Teutoburger Waldes und des Wiehengebirges, im Sauerland und in der Eifel sind Bauern am Werke. Überall ist die landwirtschaftliche Tätigkeit in diesem Industrieland sichtbar, überall ergeben sich allerdings auch schwierige Probleme.

### Landwirtschaft — Industrie

In Nordrhein-Westfalen, wo 16 Millionen Menschen wohnen, muß die Landwirtschaft zäh um ihre Existenz ringen. Wenn irgendwo in der Bundesrepublik Industrie und Landwirtschaft sich auf engem Raum berühren, dann ist es hier der Fall. Die unmittelbare Nachbarschaft der Industrie hat die Landwirtschaft schon frühzeitig gezwungen, sich mit den Erscheinungen der industriellen Entwicklung auseinanderzusetzen. Als man sich in anderen Landschaftsgebieten unseres Vaterlandes in agrarwirtschaftlicher Hinsicht noch geruhsam nach alter Väterweise orientierte, brannten den Landwirten in Westfalen und im Rheinland die Probleme bereits auf den Nägeln.

Die Ausdehnung der Industrie in diesem Lande brachte es z. B. sehr bald mit sich, daß die Arbeitskräfte für die Landwirtschaft immer knapper wurden. Inzwischen sind unsere Bauernhöfe von Fremdarbeitskräften weitgehend entblößt und selbst die Familienarbeitskräfte wandern ab.

Hinzu kommen die Landverluste. Die Ausdehnung der Industrie, der Städte und Verkehrsanlagen bewirkte und bewirkt weiterhin eine erhebliche Einengung der Acker- und Waldflächen. Seit der Jahrhundertwende wurden auf diese Weise etwa 200 000 ha land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen für andere Zwecke in

Anspruch genommen. Das sind etwa 10% der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Flächen des Landes. Dieser Prozeß geht weiter; er hat zur Folge, daß der tägliche Landverlust in Nordrhein-Westfalen etwa der Wirtschaftsfläche eines Bauernhofes entspricht.

### Ein revolutionärer Wandel

Auf den Ausdehnungsprozeß der industriellen Entwicklung hat die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen mit entsprechenden Maßnahmen reagiert. Weil die Arbeitskräfte abwanderten, ergab sich ein starker Zwang zur Mechanisierung und Rationalisierung. Dadurch wurde in den letzten Jahren ein geradezu revolutionärer Wandel vollzogen. Mit ihrer technischen Ausrüstung rangiert die Landwirtschaft in NRW an der Spitze der europäischen Länder. Das erfreuliche Resultat dieser starken Technisierung und der mit ihr einhergehenden Rationalisierung sind hervorragende Produktionsleistungen.

Aber Produktionsleistungen sind noch kein Maßstab für die wirtschaftliche Lage eines Berufsstandes. Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat es vielmehr mit den gleichen Erscheinungen zu tun, wie sie in allen Industriestaaten vorherrschen und zur Disparität zwischen der Einkommenslage der Landwirtschaft und der vergleichbarer Wirtschaftsgruppen geführt haben. In der modernen Industriegesellschaft ist die Landwirtschaft leider durch zwangsläufige Erscheinungen sehr benachteiligt.

Das liegt einmal an den unterschiedlichen Produktionsfaktoren. Man kann einen Acker nicht beliebig lange produzieren lassen, wie man es mit einer Maschine vermag. Man kann auch nicht das Wetter oder den Rhythmus der Jahreszeiten nach eigenem Ermessen bestimmen. Hinzu kommt aber noch etwas anderes. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln hält in einer gut florierenden Volkswirtschaft nicht gleichen Schritt mit der Nachfrage nach gewerblichen Gütern und Dienstleistungen. Der Mensch kann sich nur einmal sattessen. Andererseits aber kann er viele Produkte der Industrie und des Gewerbes mit zunehmendem Einkommen zusätzlich erwerben und

Dienstleistungen der verschiedensten Art immer stärker in Anspruch nehmen, wie es ja auch geschieht.

### Naturgesetzte Grenzen

Der Absatz landwirtschaftlicher Produkte ist in einer Industriegesellschaft also gewissen Beschränkungen unterworfen. Er kann nennenswert nur im Rahmen des Bevölkerungswachstums ausgedehnt werden. Wird aber zuviel produziert, dann geben bekanntlich die Preise nach. Die Industrie ist dagegen in der Lage, sich mit Hilfe verbesserter Güter und Dienstleistungen immer wieder neue Absatzmärkte zu erschließen und deshalb ihre Produktion zu steigern. Dadurch kann sie auch ihre Produktivität erhöhen und neuen Lohnerhöhungen zustimmen. Die Landwirtschaft wird gezwungen, darauf Rücksicht zu nehmen. Daß sie es nicht immer und überall vermag, zumal ihrer Produktionsleistung je Arbeitskraft ja aus mancherlei Gründen bestimmte Grenzen gesetzt sind, erschwert ihre Lage und trägt zur immer stärkeren Abwanderung der eigenen Arbeitskräfte bei.

Die Agrarpolitik des Bundes und der Länder ist in den letzten Jahren darauf gerichtet gewesen, durch die Maßnahmen der Grünen Pläne eine Verbesserung der Einkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung herbeizuführen. Zwar ist das zum Teil gelungen, doch hat das weitere rasche Ansteigen der Einkommen in vergleichbaren gewerblichen Berufen eine befriedigende Angleichung verhindert. Der letzte Grüne Bericht liefert dafür eindeutige Nachweise.

### Zwei entscheidende Probleme

Man muß die Situation ganz klar sehen: unsere Landwirtschaft ist gegenwärtig genötigt, gleich zwei Probleme auf einmal zu lösen. Da ergibt sich zunächst die Notwendigkeit, den Anschluß an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in der Industriegesellschaft zu gewinnen. Zum anderen aber muß sich die Landwirtschaft zugleich auch den Erfordernissen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anpassen. Es liegt auf der Hand, daß sie allein mit diesen Problemen nicht fertig werden kann. Für ihren Umstellungs- und Anpassungsprozeß braucht sie staatliche Hilfe, die ihr die verantwortlichen politischen Kräfte ja auch grundsätzlich zubilligen.

Bei der Überlegung, wie diese staatliche Hilfe aussehen soll, kommt man an der Feststellung nicht vorbei, daß in manchen landwirtschaftlichen Betrieben die Voraussetzungen für ein rationelles Wirtschaften noch fehlen, obwohl unsere Landwirte sich alle Mühe geben. Eine Hilfe für die Umstellung dieser Betriebe ist dringend erforderlich, ganz gleich, ob es sich dabei um Änderungen in der bisherigen Produktionsweise, um Umbauten oder andere Maßnahmen handelt. Auf meine Anregung hat der Bund erfreulicherweise Mittel zur Aufnahme langfristiger Kredite für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. Nordrhein-Westfalen verstärkte als erstes Land der Bundesrepublik diese Mittel sofort um 50%. Mit den zur Verfügung stehenden Beträgen können gegenwärtig Kredite auf 3% verbilligt werden bei einer Laufzeit bis zu 20 Jahren. Damit ist endlich der seit vielen Jahren angestrebte agrarkonforme Kre-

dit verwirklicht worden. Um aber den Kreditnehmern die schwierige Anlaufzeit der ersten Jahre zu erleichtern, übernehmen wir in Nordrhein-Westfalen unter gewissen Voraussetzungen die Zinslast für die Dauer bis zu fünf Jahren.

Es ist selbstverständlich, daß außerdem alle Bemühungen um eine Besserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse auf dem Lande fortgesetzt werden müssen. Das gilt vor allem auch für die Maßnahmen zugunsten unserer Bäuerinnen, die wir in NRW besonders nachhaltig fördern, weil davon die ganze Familie Vorteil hat und sich die Bäuerinnen nach einer wirksamen Entlastung mehr als bisher ihren Aufgaben als Hausfrauen und Mütter widmen können. Im letzten Jahr haben wir mit großem Erfolg auch Bildungs- und Erholungs-freizeiten für Landfrauen durchgeführt, die wir in verstärktem Maße fortsetzen werden.

### Ein interessanter Modellversuch

Neben der Umstellungshilfe ist eine weitere besonders wichtige Aufgabe der Agrarpolitik die Verbesserung der Agrarstruktur. In dieser Hinsicht ist bereits manches geschehen, doch bleibt auf dem Gebiet der neuzeitlichen Flurbereinigung, des Wirtschaftswegebau, der Aussiedlung aus beengter Dorflage und der Aufstockung zu kleiner Betriebe noch viel zu tun. Um zu praktischen Hinweisen zu gelangen, welche Resultate in dieser Hinsicht möglich sind, wenn man alle Maßnahmen zusammenfaßt, wird auf meine Veranlassung z. Zt. im sauerländischen Kreis Altena ein großzügiger Modellversuch durchgeführt. In den Höhenlagen dürfte es künftig wahrscheinlich weniger erfolgreich sein, Getreide anzubauen, daher werden bei diesem Versuch Getreidebetriebe auf Grünland umgestellt, damit sie Milch und Fleisch produzieren können, um zu einer besseren Rendite zu kommen. Der Versuch soll beispielgebend wirken, wenngleich natürlich ein allgemeines Rezept für Umstellungen nicht gegeben werden kann, weil der Standort, die Produktionsmöglichkeiten und die eigene Initiative der Landwirte bei der Umstellung eine wesentliche Rolle spielen.

Die bisherigen Ergebnisse der Bemühungen im Kreis Altena sind sehr ermutigend. Es handelt sich dabei um Aussiedlungen und Umbauten mit Betriebsumstellungen, um Aufstockungen und Wegebauten sowie um zahlreiche andere Regelungen, die zu einer völligen Neuordnung des Dorfes führen.

### Neuordnung der ländlichen Räume

Unsere Landwirtschaftspolitik würde nämlich auf die Dauer fragwürdig bleiben, wenn wir uns nicht der Neuordnung der Dörfer und der ländlichen Räume annähmen. Alles, was in dieser Hinsicht zu geschehen hat, muß darauf abzielen, das gesamte wirtschaftliche und kulturelle Gefälle zwischen Stadt und Land zu Gunsten der ländlichen Gebiete auszugleichen. Dazu gehören kulturelle und sanitäre Einrichtungen, Krankenpflegestationen und Krankentransportmöglichkeiten, Sportanlagen, Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftslage, der Verkehrsverbindungen, der Straßenreinigung und Straßenbeleuchtung. Aber auch der Anschluß an die zentrale Wasserleitung gehört dazu und selbstver-

ständig ebenso eine einwandfreie Abwässerbeseitigung.

Unter Mitarbeit aller Ministerien hat die Landesregierung von NRW einen Entwicklungsplan ausgearbeitet, der eine Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur in vorwiegend ländlichen Gebieten vorsieht. Durch die in Aussicht genommenen Maßnahmen soll nicht nur der Lebensstandard eines großen Teils der ländlichen Bevölkerung gehoben, sondern gleichzeitig den ungesunden Ballungstendenzen in den großstädtischen Bezirken des Landes entgegengewirkt werden.

Erfreulicherweise läßt sich sagen, daß die bisherigen Bemühungen, gute Ansatzpunkte für eine positive Land-

wirtschaftspolitik in dem industriereichen Land Nordrhein-Westfalen zu gewinnen, erfolgreich gewesen sind. Zwar müssen die wichtigsten Probleme noch gelöst werden, aber wir befinden uns auf dem Wege dazu und sind dabei, durch eine wirksame Staatshilfe die Selbsthilfe der Landwirtschaft zu mobilisieren. Die Entwicklung führt augenscheinlich zur Form der bäuerlichen Familienbetriebe, deren Zukunft nur gesichert ist, wenn sie rentabel wirtschaften können. Es ist eine staatspolitische Aufgabe, ihnen dabei die Wege zu ebnen. Wir dienen damit zugleich unserer gesamten Volkswirtschaft, die immer auf eine leistungsfähige Landwirtschaft angewiesen bleiben wird.

## Der deutsche Bauer vor den menschlichen und sozialen Fragen im größeren Raum

Dietrich von Oppen

Das Gemeinsame, das uns beide, die Bauern und die Kirche, verbindet, ist unsere Situation und die Aufgabe, in der wir stehen. Und ich könnte mir keine bessere Formel denken, um diese Situation und diese Aufgabe zu kennzeichnen als die Formel des Themas dieser Tagung: daß wir hineingezogen sind in einen größeren Raum im weitesten Sinne. Der Bauer und die Kirche sind hineingestellt in den größeren Raum einer in Bewegung geratenen Welt, herausgerissen aus dem kleinen überschaubaren Raum, in dem sie bis dahin jahrhundertlang gestanden hatten. Er war von Sitte und Tradition geformt. Herausgetreten aus dem kleinen Raum der Tradition, der Überschaubarkeit des mehr oder weniger geschlossenen Dorfes und des Landkreises sind wir alle freilich schon lange, schon seit 100 oder 150 Jahren. Aber der Bauer ist dieser neuartigen Situation begegnet mit einer konservativen Grundhaltung, d. h. er hat seitdem mit einer Denkweise gearbeitet, die heute zu Ende geht: der Denkweise der unechten Traditionen. Das kann heißen, daß entweder alte Formen stehenblieben, die ausgehöhlt waren und nicht mehr der Zeit entsprachen. Oder aber, daß neue Formen im 19. Jahrhundert entstanden, die dann plötzlich auch wieder fixiert wurden und nun mit dem Schimmer einer Tradition umkleidet sind, obwohl sie es gar nicht verdienen. Dieses Leben in unechten Traditionen ist, wenn ich recht sehe, ein tragender Grundzug im Leben des Bauerntums und, wie ich gleich vorgreifend sagen möchte, auch im Leben der Kirche in den letzten 100 Jahren gewesen.

Aber man muß es noch präziser sagen: Leben in unechten Traditionen bedeutet Leben in einer Ideologie, wobei ich diesem Wort Ideologie nicht nur den heute üblichen abschätzigen Klang geben möchte; denn für das Bauerntum ist die Ideologie, das Leben in unechten Traditionen, 100 Jahre lang eine außerordentlich feste Orientierung gewesen. Sie hat dem Bauern Denkfor-

men und Haltungen an die Hand gegeben, in denen er sich in einer neuen, unerprobten Welt überhaupt halten können. Allerdings schließt die unechte Tradition, die Ideologie auch wieder ein gewisses Maß von Ausblendung der Wirklichkeit, ja von Verblendung in sich, wie es uns heute besonders deutlich wird.

### Die Agrarreform des 19. Jahrhunderts

Der eigentliche Umbruch für das Bauerntum liegt bei den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts. Die damals erfolgte Auflösung der alten herrschaftlichen Formen und der genossenschaftlichen Formen in der Marktgemeinde haben den Bauern bereits in einen größeren Raum gestellt. Damals ist der marktorientierte Bauer entstanden und nicht erst heute. Der Bauer wurde in das „Lottospiel des Fruchtmarktes“ (W. H. Riehl) hineingestellt und damit in das größere Zollgebiet. Zum zweitenmal ist der Bauer dann in den großen Raum hineingerissen worden durch die riesenhafte Auswanderung deutscher Bauern nach Amerika, in die Länder der Donaumonarchie usw., aber auch durch die Abwanderung in die Stadt. Durch die starken Ballungen in Berlin, im Ruhrgebiet, im Rhein-Main-Industriegebiet usw. wurde auch der zurückbleibende Bauer in einen größeren Raum gezogen, denn er hatte plötzlich Verwandte, die nicht nur im nächsten Dorf wohnten, sondern 100, 500 oder gar 1000 km entfernt. Und dann ist er durch die moderne Landwirtschaft in noch einer dritten Art in den größeren Raum gestellt worden: er ist abhängig geworden von der Industrie und der Wissenschaft mit ihren Fortschritten, d. h. es wurden plötzlich Leute für ihn wichtig, die weit von ihm entfernt wohnten. Und schließlich nicht zu vergessen: der Bauer ist in einen großen Raum hineingerissen worden durch die allgemeine Wehrpflicht und zwei Weltkriege mit ihren weitgedehnten Fronten.

Wie hat der Bauer auf diese Entwicklungen geantwortet? Nun, mit einem eigentümlich gespannten, wider-

spruchsvollen Verhältnis, das in ganz ähnlicher Weise auch an ganz anderen Stellen wiederkehrt. Auf der einen Seite ist der deutsche Bauer ein Hochleistungsbauer geworden, der rechnen gelernt hat. Die deutsche Landwirtschaft hat im 19. Jahrhundert eine außerordentlich steigende Produktion zu verzeichnen gehabt. Auf der anderen Seite aber stand das Festhalten an Traditionen, die beim näheren Zusehen unechte Traditionen waren. Was eine unechte Tradition ist, zeigte mir einmal geradezu formelhaft ein Bauernhof in der Lüneburger Heide. Es war ein großes breites Niedersachsenhaus, äußerlich ganz alte Form bewahrend, aber nicht mehr in Fachwerk. Über der Dielentür lag nicht mehr ein Holzbalken mit einem schönen Wort unmittelbarer Frömmigkeit, sondern ein Zementsturz, auf dem sehr sauber mit Ölfarbe folgender Spruch gemalt war: „Treu der Sitte, treu dem Glauben unserer Ahnen schlicht und recht, so bewahren wir die Scholle für das kommende Geschlecht.“ Zweifellos, der dortige Bauer hat den Hof — er machte einen guten Eindruck — in gutem Zustand seinen Kindern übergeben, aber das ist nicht mehr Tradition, sondern das ist Traditionalismus, das ist Ideologie im Sinne eines reflektierten Festhaltens am Hergekommenen.

Sehr merkwürdig ist die Tatsache, daß die Bauern heute durchweg nichts mehr wissen von der Agrarreform des 19. Jahrhunderts. Sie ist aus dem Selbstverständnis des Bauerntums verdrängt, obwohl sie einer der tiefsten Einschnitte der Agrargeschichte gewesen ist. Das ist hoch bedeutsam. Die Bauern sehen sich nicht in einer neuen Position seit dem 19. Jahrhundert, sondern als Träger einer uralten Tradition, und diese Sicht verträgt keinen Einschnitt. Der große Initiator der Bauernideologie ist Wilhelm Heinrich Riehl mit seiner „Naturgeschichte des deutschen Volkes“ gewesen. Er zeichnete den Bauern und den Adel als die Mächte des Beharrens neben den beiden Mächten der Bewegung: dem Bürgertum und dem Arbeitertum. „Der Bauer ist die erhaltende Macht in der wankenden Gesellschaft.“ Und von diesem „Bauern von guter Art“, der bewahrt werden muß, heißt es: „Überall ist die Sitte sein oberstes Gesetz.“ Und: „Wo Religion, Nationalgeist, Gesellschafts- und Familienleben noch naiver Instinkt, noch Sitte ist, da hebt der deutsche Bauer an.“ So versteht sich der Bauer heute noch größtenteils. Riehl übersieht nur, daß er selbst das in ein Buch schreibt und es damit der Reflexion anheim gibt, d. h. daß er selbst hier die Naivität in die Reflexion und damit in die Ideologie überträgt und so eine ganz andere Haltung anbahnt.

### Unechte Traditionen

Worin bestehen nun praktisch die unechten Traditionen im Bauerntum? Einige kurze Andeutungen müssen genügen.

1. Die Vorstellung des isolierten, allein wirtschaftenden Hofes ist erst durch die Agrarreform geschaffen worden. Vorher lebte man in der Marktgemeinde und im Flurzwang. Der allein wirtschaftende Hof ist eine Schöpfung des 19. Jahrhunderts. Wo der Bauer heute glaubt, darauf nicht verzichten zu können, obwohl Maschinenverbände usw. über den Hof hinausdrängen, liegt eine ideologische Grundhaltung, eine unechte Tradition vor.

2. Die patriarchalische Haltung in der Familie und in der Arbeitsleitung wird im Bauerntum noch oft beansprucht. Die Vorstellung, auf dem Hof könne nur einer etwas zu sagen haben, ist eine früher selbstverständliche Gegebenheit gewesen. Der alte Hof war patriarchalisch verfaßt. Wo man heute daran festhält, wird aber übersehen, daß die unbedingte Gewalt eines Hausvaters nur zu einer Gesellschaft gehören kann, wo der Hausvater nicht seine eigene Meinung, sondern das Herkommen und die Sitte vertritt. Wo der Hausvater mit patriarchalischem Anspruch seine eigene Meinung vertritt, wird patriarchalische Haltung zur Despotie. Hier ist eine alte Form ausgehöhlt stehen geblieben und zur unechten Tradition geworden. Das führt in sehr konkrete Dinge hinein, z. B. ins Erbrecht, in die Frage des Übergabevertrages. In Amerika ist man übergegangen zu interessanten Formen, die sich in Deutschland nur sehr zögernd durchsetzen: der übergebende Bauer, der heute viel älter wird und viel länger rüstig bleibt als früher, schließt einen Gesellschaftsvertrag mit dem Sohn, und beide wirtschaften viele Jahre zusammen. So haben zwei auf dem Hof etwas zu sagen. In der gewerblichen Wirtschaft ist dergleichen seit Jahrzehnten selbstverständlich, und es ist auch in der hochkomplizierten, vielseitigen modernen Landwirtschaft möglich, ja es entspricht ihr auf die Dauer vielleicht besser. Dabei wird freilich eine neue menschliche Haltung vorausgesetzt.

3. Der Vater verfißt bestimmte Wirtschaftsformen, die er in seiner Jugend auf der landwirtschaftlichen Schule hörte, als Tradition gegenüber seinem Sohn, der von der Landwirtschaftsschule jetzt die neuesten Ergebnisse mitbringt. Hier herrscht wiederum ein unechter Traditionsanspruch, der vielfach die guten Ergebnisse der landwirtschaftlichen Winterschulen zunichte macht.

4. Hierher gehört auch die Frage der Landarbeiter. Damit berühre ich einen sehr kritischen und viel diskutierten Punkt: das Festhalten am Gesindeprinzip, d. h. am unverheirateten Landarbeiter, das heute dazu führt, daß man sich reißt um junge Leute, die aus der Zone kommen. Auch das Festhalten am Gesindeprinzip ist eine unechte Tradition; denn das Gesinde, das es bis zum 2. Weltkrieg im ganzen noch gegeben hat, ist etwas gänzlich anderes als das Gesinde früherer Zeiten. Es war eine Durchgangsform: der Junge ging nach der Schule zum Bauern, dann zum Militär und danach in die Fabrik. Das ist aber eine Form, die mit der allgemeinen Wehrpflicht und der Fabrik erst im 19. Jahrhundert entstanden ist. Früher war der unverheiratete Landarbeiter ein Lebensberuf und ein Element hoher Stabilität. Im 19. Jahrhundert ist er zu einer Durchgangsform geworden, die noch eine große Stabilität besaß. Heute ist er aber zu einer Durchgangsform geworden, die zwei oder drei Monate dauert. Es ist das Zugvogelprinzip, das das Gesindeprinzip abgelöst hat. Ob der Hof übergehen kann zum verheirateten Landarbeiter, hängt freilich von sehr vielen Fragen ab: Umstellungen in der Produktion, Rentabilität, Mechanisierung, Flurbereinigung.

5. Damit hängt auch zusammen die Frage der gemessenen Arbeitszeit. Es gehört zum Herkommen des Bauern, daß man von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang tätig ist. Bauern, die ihre Arbeit sinnvoll rationa-

lisieren und früher fertig sein können, tun das nicht, weil sie sonst im Dorf als Faulenzer verschrien werden. Man bekommt aber keine Arbeiter, wenn man sie bis Sonnenuntergang und darüber hinaus im Betrieb festhält.

### Die stürmische Entwicklung nach 1945

So ungefähr ist die Haltung, die bis 1945 durchaus noch dem Bauerntum eine gewisse Form gab. Nun ist aber nach 1945 die Entwicklung in einem rasenden Tempo weitergegangen, voran die technische Entwicklung. Jetzt erst, nach 1945, ist der Bauer unausweichbar in den größeren Raum gezogen worden und kann sich dem nicht mehr mit einer unechten traditionellen Haltung stellen. Er ist heute auf eine neue Form angewiesen, und er versucht sie zu finden. Durch die breite Motorisierung der Landwirtschaft, durch den eigenen PKW ist der Bauer auch persönlich in einen viel größeren Lebensraum hineingestellt worden. Parallel damit ist die Erschließung des Landes durch öffentliche Verkehrsmittel erst jetzt eine flächenhafte Erscheinung geworden. Bis zum 2. Weltkrieg war die Eisenbahn das vorherrschende Verkehrsmittel auf dem Lande. Und die Eisenbahn erschließt eine Landschaft nur linienweise, Autobusse aber können auch die kleinen Straßen fahren und alle 5 Minuten halten. Jedes einzelne Dorf ist aus seiner Isolierung herausgelöst worden. Dann ist die Masse der Flüchtlinge ins Dorf gepreßt worden. Die Bauern sind konfrontiert worden — und zwar auf engstem Raum, sogar im eigenen Hause — mit gänzlich anderen Denk- und Lebensweisen, bis hin zur anderen Konfession. Durch die Flüchtlinge und die Verkehrserschließung ist im Dorf seit dem 2. Weltkrieg die Pendlerbewegung allgemein geworden, d. h. das Dorf wird jetzt in viel höherem Maße als früher Wohnort für Industrieangestellte und Arbeiter. Der Bauer ist in die Minderheit gedrängt worden, er hat auch von sich aus weitgehend die Führung in den Dörfern abgegeben.

Auch die Fremdarbeiter gehören in diesen Fragenkomplex. Und schließlich hört der Bauer im Radio, spürt es an den Preisen: europäischer Markt. Das alles bewirkt, daß der Bauer nun wirklich vor eine Situation gestellt ist, die mit der alten Riehl'schen Ideologie nicht mehr zu bewältigen ist. Es entsteht die Frage: was tritt denn nun an die Stelle? Mit welchen Begriffen, mit welchem Richtmaß orientiert sich der Bauer jetzt in der Welt? Schon das Ergebnis im eigenen Dorf widerlegt ja heute die These, daß der Bauer die erhaltende Kraft in einer wankenden Welt ist. Hier setzt die Frage ein, mit der man den Bauern nicht allein lassen darf.

Man kann nicht einfach sagen: Bauer, wirf deine alten Ideologien und werde ein moderner Mensch, wie es die Städter längst gemacht haben. Denn das Bild des modernen Menschen suchen wir auch noch für den Städter. Wir suchen es überall. Der Arbeiter weiß heute nicht mehr genau, was er ist, nachdem die marxistische Ideologie vergangen ist; der Soldat weiß nicht mehr genau, was er ist; auch der Lehrer, der Beamte, der Pfarrer nicht. In das Bild des Menschen, das von uns gefordert ist, bringt jede Gruppe, die in diesen Prozeß hineingezogen ist, ihren Beitrag mit. Darum kann das Bild des modernen Menschen, wie es wirklich sein soll, nicht vollständig werden, so lange der Bauer nicht seinen Bei-

trag geleistet hat. Erst muß auch er aus seiner Position, mit seinen Gegebenheiten das Thema „Moderne Zeit“ aufnehmen. Sonst fehlen ganz wichtige Komponenten, z. B. der Dienst am Leben, der Umgang mit dem Lebendigen, dem Wachstum der Tiere und Pflanzen und mit dem Wetter. Das muß der Bauer einbringen, denn er geht nach wie vor damit um.

### Unechte Traditionen in der Kirche

Nun aber kurz die Parallele zu dem ganzen von der Kirche her. Beide stehen in der gleichen Situation. Die Kirche ist genauso wie das Bauerntum durch die neue Sozialwelt des 19. Jahrhunderts in offene bewegliche Situationen hineingerissen worden und hat darauf weitgehend ähnlich reagiert wie der Bauer: mit unechten Traditionen. Diese unechten Traditionen sammeln sich in einer ganz besonderen Weise im Bilde der Ortsgemeinde herkömmlichen Stils. Es gibt da verblüffende Parallelen. Was beim Bauern die Vorstellung des isolierten Hofes ist, ist in der Kirche die noch immer weit verbreitete Auffassung, daß die Arbeit in der Ortsgemeinde genüge, um in der modernen Welt den Auftrag der Kirche auszurichten. Der patriarchalischen bzw. pseudopatriarchalischen Haltung im Bauerntum entspricht das vieldiskutierte Einmannsystem des Pfarrers, aus dem wir trotz aller offensichtlichen Überlastung erst selten herausfinden. Auf beiden Seiten finden sich auch die stehengebliebenen neuen Arbeitsformen des 19. Jahrhunderts: die Bibelstunde ist keine uralte christliche Tradition, sondern stammt aus dem Pietismus; sie ist also eine Form, die der Überprüfung bedarf. Dasselbe gilt für den kirchlichen Verein. Das bisherige Bündnis der beiden so konservativ denkenden Kräfte war also nur natürlich.

In einem Studentenbericht meines Seminars aus einem hessischen Dorf lesen wir: „Die Kirche nimmt im Traditionsdenken der Bauern einen wichtigen Platz ein. Der Abendmahlsgang an den hohen Festtagen ist für einzelne Gruppen im Dorf genau geregelt und diese Regelung wird auch befolgt. Beim Abendmahl wird von vielen noch die Tracht getragen.“ Dazu ein Zitat aus Wilhelm Heinrich Riehl, 100 Jahre früher: „Die Religion des Bauern ist seine Sitte, wie ihm umgekehrt auch seine Sitte Religion ist.“ Wieviel kirchliche Arbeit ist auf dieser Gleichsetzung heute noch aufgebaut! Ich weiß von einem Pfarrer am Rande Hamburgs, der mit allen Kräften bemüht ist, seine Dorffangehörigen möglichst nach Norden, nach Schleswig-Holstein hinein zu orientieren, um sie fernzuhalten von den auflösenden Tendenzen der Großstadt Hamburg.

### Die Kirche im größeren Raum

Die Kirche übersieht heute, ebenso wie die Bauern, den Einschnitt des 19. Jahrhunderts. Sie verdrängt ihn weitgehend aus ihrer Vorstellungswelt und orientiert sich viel weiter zurück immer noch überwiegend an der Reformation. Selbstverständlich darf die Orientierung an der Reformation nicht aufhören, denn wir kommen von ihr her, aber es gibt tiefe Einschnitte, die nicht im Zeitalter der Reformation, sondern im 19. Jahrhundert liegen, und die uns — eine wichtige Konsequenz — an die Seite der Katholiken stellen, die davon ebenso betroffen wurden, wie wir.

Die Kirche ist, genau wie die Bauern, durch das Jahr 1945 und was vorher und nachher geschah, hineingerissen worden in den größeren Raum. Das geschah durch den Kirchenkampf, durch den Anruf der Entwicklungsländer und die Begegnung mit anderen Weltreligionen, durch die ganze ökumenische Arbeit, vor allem aber durch die Frage der Welt an die Kirche nach 1945: Uns ist alles zusammengebrochen, vermeintlich feste Grundlagen haben sich als trügerisch erwiesen; auf welchen Grundlagen soll man die Welt jetzt wieder aufbauen; was trägt denn, was hält denn? Diese Frage ist in breiter Front an die Kirche herangetragen worden. Sie hat die Kirche weitgehend unvorbereitet gefunden, weil die Kirche aus anderen, tief berechtigten Gründen sich zunächst auf ihren eigentlichsten Verkündigungsauftrag besonnen hat und besinnen mußte. Aber nun kam die Frage nach der Deutung des Lebens, der Grundlegung des Daseins auf sie zu. Da war mit Kulturpessimismus, mit Klagen über die verderbliche moderne Zeit, mit Rückwärtsorientierung nichts mehr zu machen. Hier mußte die Kirche sich neu stellen und sie hat sich gestellt, in den Evangelischen Akademien, im Kirchentag, in der Landvolkarbeit. Hier wurden die Fragen in breiter Front aufgegriffen. Alle diese neuen Arbeitsformen, die nach 1945 entstanden sind, sind Aufbrüche, Versuche, tastende Schritte auf dem Wege hinein in den größeren Raum. Diese Arbeit hat einige ganz besondere Kennzeichen. Ich möchte sie nur kurz andeuten: Hier ist die Form des Gesprächs gepflegt worden. Hier will man Partnerschaft schaffen. In diesen Räumen gibt es keine Rangordnung; es gibt nur Menschen, die gemeinsam nachdenken. Man müht sich um die Sachbezogenheit, so daß man nicht nur die Theologie, sondern die Theologie und die Sache bedenkt, so daß die Theologie zur Sache gehört. Die Teamarbeit wird dabei gepflegt, die Zusammenarbeit von Theologen und Nicht-Theologen. Aber das sind nur die äußeren Formen, sie deuten auf den Inhalt, auf die Frage an die Kirche: Was hast du uns modernen Menschen, und damit auch uns Bauern, in unserer Situation zu der neuen Welt in der modernen Welt zu sagen? Und das heißt gleich: Wie lebst du Kirche denn selbst?

Wir sprachen von der parallelen Situation der Bauern und der Kirche. Daraus folgt, daß das alte Bündnis

an unsere Leser!

Wir legen dieser Nummer der „Evangelischen Verantwortung“ noch einmal eine Zahlkarte bei und bitten, diese zur Überweisung des Abonnementspreises von M 10,— zu benutzen. Wir haben in der letzten Zeit wiederholt festgestellt, daß einzelne Hefte die Abonnenten nicht erreicht haben. Wir bitten, Reklamationen an das zuständige Postamt zu richten. Den Vertrieb betreffende Anfragen nimmt der Verlag, alle Leserschriften die Schriftleitung entgegen.

Die Schriftleitung

von Kirche und Dorf heute in die Krise gerät und neu begründet werden muß. Damit kommt auf die Kirche eine große Aufgabe zu. Wenn der Pfarrer in der Dorfkirche jetzt nur Theologe bleibt und an der Dorfwirklichkeit vorbeilebt, dann wird die Kirche vielleicht noch äußerlich im Dorfe stehen, aber innerlich nicht mehr. Dann wird die Kirche hier ihren eigentlichen Auftrag der Verkündigung an die Welt und der Verantwortung für die Welt versäumen. Aber ebensowenig ist es damit getan, daß der Pfarrer sich jetzt zum Landvolkspezialisten macht. Er muß das ganze in Verbindung mit seiner Theologie bringen. Denn die Theologie soll und muß dem Menschen helfen bei seiner Orientierung in der verwirrenden modernen Welt. Andererseits kann er seine Theologie nur auf diese Weise den Menschen von heute verständlich machen. Dafür möchte ich Ihnen einige Gedanken zum Nachdenken vorlegen.

### Glaube und moderne Welt

Die christliche Glaubensaussage und die moderne Welt sind eng aufeinander bezogen; die äußerlich so fremd und getrennt nebeneinander stehen, sind aufs tiefste aufeinander verwiesen. Das kann im kurzen Umriss an vier zentralen Glaubensaussagen der christlichen Kirche deutlich gemacht werden.

### Die Rechtfertigung

Das erste ist die Lehre von der Rechtfertigung, die zentrale Glaubensaussage unserer Kirche, enthalten in dem Wort: „So halten wir nun dafür, daß der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben“ (Röm. 3, 28). Der normale Christ von heute wird sich gestehen müssen, daß dieses Wort ihm eine alte ehrwürdige Fahne aus der Reformationszeit ist: aber was hat das eigentlich mit dem modernen Leben zu tun? Ich bin der Überzeugung, daß hier eine entscheidende Formel zur Deutung und zum Verstehen der Situation liegt, wenn wir sie ganz unbefangen auf unsere Situation anwenden. Denn — jetzt denken Sie an unseren Bauern, wie wir ihn geschildert haben — was rechtfertigt den Menschen denn eigentlich, d. h. was macht ihn richtig, was gibt ihm das Bewußtsein, richtig zu sein vor sich selbst und in den Augen seiner Umwelt? Ich erinnere an das Wort von Riehl, daß die Sitte sein oberstes Gesetz ist. Der Bauer früherer Zeiten konnte sich weitgehend der hergebrachten Sitte anvertrauen, und wenn er das tat, was die Sitte vorschrieb, dann wußte er genau, was gut und böse war. Das stimmt heute nicht mehr. Die Sitte rechtfertigt den Menschen nicht mehr. Sie ist brüchig und vielfach unanwendbar geworden. Die Sitte war nur eine der Formen des „Gesetzes“.

Ein anderes großes Gesetz, unter dem das alte Bauerntum stand, war der Hof; um ihn kreiste das Leben und er bestimmte das ganze Leben. Durch ihn ergab sich auch das Problem der Heirat. Heirat um des Hofes willen oder persönliche Liebesheirat? In früheren Zeiten tauchte diese Frage nicht auf, weil es die Liebesheirat erst seit dem 19. Jahrhundert gibt. Man darf nicht ohne Bedenken sich über die Interessen des Hofes hinwegsetzen. Aber das ist heute zu einer schweren Gewissensfrage, einer persönlichen Entscheidungsfrage auf den Bauernhöfen geworden.

Ein anderer  
nem Verb  
Verbandes  
mehr aus  
sammenh  
sehen.

Ferner der  
bei uns  
Volk ist a  
uns noch  
des Eisern  
sen heute,  
wenn man  
verschreib  
Wir leben  
die Bauern  
stand der  
trauen ko  
gab sich e  
stalt. Wir  
Möglichke  
Institution  
das in der  
nicht meh  
sondern e  
Bürokrat,  
schen mel  
Funktion  
sammenh  
Fall zum  
zeugen. D  
vollständ  
gen. Daru  
zur moder  
nun dafür  
setzes We  
setz, das i  
heit und  
aber im  
Weise in d  
des Hofes  
forderung  
stehen, w  
können,  
daß die L  
pretiert i  
Welt.

Das Verh

Der zweit  
haupt, da  
lium in n  
sprüchlich  
der Rech  
in widers  
wir es im  
Seite müs  
darauf ve  
wissensch  
distanzier  
außerord  
hat. Eine  
Glaube. I

Die Kirche ist, genau wie die Bauern, durch das Jahr 1945 und was vorher und nachher geschah, hineingerissen worden in den größeren Raum. Das geschah durch den Kirchenkampf, durch den Anruf der Entwicklungsländer und die Begegnung mit anderen Weltreligionen, durch die ganze ökumenische Arbeit, vor allem aber durch die Frage der Welt an die Kirche nach 1945: Uns ist alles zusammengebrochen, vermeintlich feste Grundlagen haben sich als trügerisch erwiesen; auf welchen Grundlagen soll man die Welt jetzt wieder aufbauen; was trägt denn, was hält denn? Diese Frage ist in breiter Front an die Kirche herangetragen worden. Sie hat die Kirche weitgehend unvorbereitet gefunden, weil die Kirche aus anderen, tief berechtigten Gründen sich zunächst auf ihren eigentlichsten Verkündigungsauftrag besonnen hat und besinnen mußte. Aber nun kam die Frage nach der Deutung des Lebens, der Grundlegung des Daseins auf sie zu. Da war mit Kulturpessimismus, mit Klagen über die verderbliche moderne Zeit, mit Rückwärtsorientierung nichts mehr zu machen. Hier mußte die Kirche sich neu stellen und sie hat sich gestellt, in den Evangelischen Akademien, im Kirchentag, in der Landvolkarbeit. Hier wurden die Fragen in breiter Front aufgegriffen. Alle diese neuen Arbeitsformen, die nach 1945 entstanden sind, sind Aufbrüche, Versuche, tastende Schritte auf dem Wege hinein in den größeren Raum. Diese Arbeit hat einige ganz besondere Kennzeichen. Ich möchte sie nur kurz andeuten: Hier ist die Form des Gesprächs gepflegt worden. Hier will man Partnerschaft schaffen. In diesen Räumen gibt es keine Rangordnung; es gibt nur Menschen, die gemeinsam nachdenken. Man müht sich um die Sachbezogenheit, so daß man nicht nur die Theologie, sondern die Theologie und die Sache bedenkt, so daß die Theologie zur Sache gehört. Die Teamarbeit wird dabei gepflegt, die Zusammenarbeit von Theologen und Nicht-Theologen. Aber das sind nur die äußeren Formen, sie deuten auf den Inhalt, auf die Frage an die Kirche: Was hast du uns modernen Menschen, und damit auch uns Bauern, in unserer Situation zu der neuen Welt in der modernen Welt zu sagen? Und das heißt gleich: Wie lebst du Kirche denn selbst?

Wir sprachen von der parallelen Situation der Bauern und der Kirche. Daraus folgt, daß das alte Bündnis

an unsere Leser!

Wir legen dieser Nummer der „Evangelischen Verantwortung“ noch einmal eine Zahlkarte bei und bitten, diese zur Überweisung des Abonnementspreises von M 10,— zu benutzen. Wir haben in der letzten Zeit wiederholt festgestellt, daß einzelne Hefte die Abonnenten nicht erreicht haben. Wir bitten, Reklamationen das zuständige Postamt zu richten. Den Vertrieb betreffende Anfragen nimmt der Verlag, alle Leserschriften die Schriftleitung entgegen.

Die Schriftleitung

von Kirche und Dorf heute in die Krise gerät und neu begründet werden muß. Damit kommt auf die Kirche eine große Aufgabe zu. Wenn der Pfarrer in der Dorfkirche jetzt nur Theologe bleibt und an der Dorfwirklichkeit vorbeilebt, dann wird die Kirche vielleicht noch äußerlich im Dorfe stehen, aber innerlich nicht mehr. Dann wird die Kirche hier ihren eigentlichen Auftrag der Verkündigung an die Welt und der Verantwortung für die Welt versäumen. Aber ebensowenig ist es damit getan, daß der Pfarrer sich jetzt zum Landvolkspezialisten macht. Er muß das ganze in Verbindung mit seiner Theologie bringen. Denn die Theologie soll und muß dem Menschen helfen bei seiner Orientierung in der verwirrenden modernen Welt. Andererseits kann er seine Theologie nur auf diese Weise den Menschen von heute verständlich machen. Dafür möchte ich Ihnen einige Gedanken zum Nachdenken vorlegen.

### Glaube und moderne Welt

Die christliche Glaubensaussage und die moderne Welt sind eng aufeinander bezogen; die äußerlich so fremd und getrennt nebeneinander stehen, sind aufs tiefste aufeinander verwiesen. Das kann im kurzen Umriss an vier zentralen Glaubensaussagen der christlichen Kirche deutlich gemacht werden.

### Die Rechtfertigung

Das erste ist die Lehre von der Rechtfertigung, die zentrale Glaubensaussage unserer Kirche, enthalten in dem Wort: „So halten wir nun dafür, daß der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben“ (Röm. 3, 28). Der normale Christ von heute wird sich gestehen müssen, daß dieses Wort ihm eine alte ehrwürdige Fahne aus der Reformationszeit ist: aber was hat das eigentlich mit dem modernen Leben zu tun? Ich bin der Überzeugung, daß hier eine entscheidende Formel zur Deutung und zum Verstehen der Situation liegt, wenn wir sie ganz unbefangen auf unsere Situation anwenden. Denn — jetzt denken Sie an unseren Bauern, wie wir ihn geschildert haben — was rechtfertigt den Menschen denn eigentlich, d. h. was macht ihn richtig, was gibt ihm das Bewußtsein, richtig zu sein vor sich selbst und in den Augen seiner Umwelt? Ich erinnere an das Wort von Riehl, daß die Sitte sein oberstes Gesetz ist. Der Bauer früherer Zeiten konnte sich weitgehend der hergebrachten Sitte anvertrauen, und wenn er das tat, was die Sitte vorschrieb, dann wußte er genau, was gut und böse war. Das stimmt heute nicht mehr. Die Sitte rechtfertigt den Menschen nicht mehr. Sie ist brüchig und vielfach unanwendbar geworden. Die Sitte war nur eine der Formen des „Gesetzes“.

Ein anderes großes Gesetz, unter dem das alte Bauerntum stand, war der Hof; um ihn kreiste das Leben und er bestimmte das ganze Leben. Durch ihn ergab sich auch das Problem der Heirat. Heirat um des Hofes willen oder persönliche Liebesheirat? In früheren Zeiten tauchte diese Frage nicht auf, weil es die Liebesheirat erst seit dem 19. Jahrhundert gibt. Man darf nicht ohne Bedenken sich über die Interessen des Hofes hinwegsetzen. Aber das ist heute zu einer schweren Gewissensfrage, einer persönlichen Entscheidungsfrage auf den Bauernhöfen geworden.

Ein anderer Verb...  
Verbandes...  
mehr aus...  
sammenh...  
sehen.

Ferner de...  
bei uns...  
Volk ist a...  
uns noch...  
des Eisern...  
sen heute...  
wenn man...  
verschreib...  
Wir leben...  
die Bauer...  
stand der...  
trauen ko...  
gab sich e...  
stalt. Wir...  
Möglichke...  
Institution...  
das in der...  
nicht meh...  
sondern e...  
Bürokrat...  
schen mel...  
Funktion...  
sammenh...  
Fall zum...  
zeugen. D...  
vollständ...  
gen. Daru...  
zur mode...  
nun dafür...  
setzes We...  
setz, das i...  
heit und...  
aber im...  
Weise in...  
des Hofes...  
forderung...  
stehen, w...  
können, ...  
daß die L...  
pretiert i...  
Welt.

Das Verh...

Der zweit...  
haupt, da...  
lium in n...  
sprüchlich...  
der Rech...  
in widers...  
wir es im...  
Seite müs...  
darauf ve...  
wissensch...  
distanzier...  
außerord...  
hat. Eine...  
Glaube. I

Ein anderes Beispiel: die Verbandsarbeit. Wer nur seinem Verband lebt, wer sich nur als Sprachrohr seines Verbandes versteht, wird für seinen Verband nichts mehr ausrichten; er muß gleichzeitig die größeren Zusammenhänge und auch den anderen Gesprächspartner sehen.

Ferner der Staat. Im Dritten Reich ist der Staatsbegriff bei uns überanstrengt worden. „Du bist nichts, dein Volk ist alles, dein Staat ist alles.“ Da versuchten wir uns noch vom Staat her zu rechtfertigen, und jenseits des Eisernen Vorhangs tut man es heute noch. Wir wissen heute, daß dem Staat am schlechtesten gedient ist, wenn man sich ihm vollständig mit Haut und Haaren verschreibt. Auch hier gilt das Wort aus Römer 3, 28. Wir leben heute in einer anderen Institutionswelt als die Bauern des 18., 17. und 16. Jahrhunderts. Damals stand der Mensch in Institutionen, denen er sich anvertrauen konnte; wenn er ihnen einfältig gehorchte, ergab sich eine lebbare, verantwortbare, klare, gute Gestalt. Wir leben heute in einer Institutionswelt, die diese Möglichkeit nicht mehr bietet. Wer sich den modernen Institutionen so einfältig und total verschreibt, wie das in den alten Ordnungen möglich war, wird gewiß nicht mehr ein frommer Mensch von guter alter Art, sondern ein Zerrbild des Menschen: ein Pedant, ein Bürokrat, der nur noch Fälle kennt und keine Menschen mehr sieht, ein „Funktionär“, der sich nur als Funktion seines Verbandes betrachtet und größere Zusammenhänge nicht sieht. Oder es kommt im härtesten Fall zum totalitären Staat mit seinen fanatischen Werkzeugen. Die moderne Organisation will nicht mehr die vollständige, einfältige Hingabe wie die alten Ordnungen. Darum ist die lösende Formel für das Verhältnis zur modernen Organisation das Wort: „So halten wir nun dafür, daß der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben“. Frei vom Gesetz, das ist diese Formel. Der Liberalismus stellte Freiheit und Bindung einander gegenüber. Freiheit heißt aber im Sinne dieser Formel des Glaubens: in freier Weise in den Ordnungen stehen, in den Anforderungen des Hofes, in den Anforderungen der Sitte, in den Anforderungen des Staates und doch zugleich darüber stehen, weil Hof, Staat, Sitte nur davon weiterleben können, daß wir auch über ihnen stehen. Ich glaube, daß die Lehre von der Rechtfertigung nicht überinterpretiert ist mit dieser Anwendung auf die moderne Welt.

### Das Verhältnis zur Welt

Der zweite Punkt ist nun das Verhältnis zur Welt überhaupt, das Verhältnis zur Welt, das durch das Evangelium in neuer Weise bestimmt ist, und zwar in widersprüchlicher Weise. Genau wie wir beim Glauben, bei der Rechtfertigung das Drinstehen und Drüberstehen in widersprüchlicher Haltung sehen mußten, so sehen wir es im Verhältnis zur Welt überhaupt. Auf der einen Seite müssen wir nüchtern und sachlich sein, sind wir darauf verwiesen, daß wir die Dinge distanziert bis zur wissenschaftlichen Durcharbeitung betrachten. Diese distanzierte Sachlichkeit ist aber eine Haltung, die außerordentlich weitreichende geschichtliche Wurzeln hat. Eine ihrer wesentlichen Wurzeln ist der christliche Glaube. Die moderne Wissenschaft, die moderne Tech-

nik, von der wir alle leben, die wir nicht mehr beseitigen können, sind nicht denkbar ohne die Voraussetzung des christlichen Glaubens. Dieser Glaube ist einmal revolutionierend in die Welt eingebrochen. Die Welt hat sich dann aber verwandelt, und heute ist die Welt so gebaut, daß die Distanzierung von der Welt zur Voraussetzung des Bestandes gehört. Wir können nicht sachlich im vollen von uns geforderten Sinne sein, ohne von der Welt vollständig distanziert zu sein. „Es soll mich nichts gefangen nehmen“ — mich, den im Glauben Gehaltene. Wir sind ja nicht nur distanziert im Glauben, uns ist ja nicht nur gesagt: „Habt nicht lieb die Welt“, sondern uns ist auch gesagt: „Also hat Gott die Welt geliebt“. Wir sollen uns voll in sie hineinstellen und nicht hochmütig draußen bleiben, und ganz persönlich gemeint stehen wir darin, denn der persönliche Schöpfer-Gott stellt uns in die Welt. Der Abstand zur Welt aus dem Glauben und die Liebe zur Welt auch aus dem Glauben ist die doppelte, lösende Formel, die uns eine neue Haltung möglich macht.

### Die Nächstenliebe

Das dritte ist das alte Wort der Nächstenliebe, das sich allzu sehr verengt hat auf die karitative Tätigkeit. Kein Wort gegen karitative Arbeiten der Kirche: wir haben genug Notfälle gehabt, die die Kirche aufgriff, oft als einzige aufgriff! Aber wenn wir den Begriff der Nächstenliebe verengen auf das Karitative, dann bleiben wir in einem Ghetto. Stellen wir ihn aber mitten in unsere Welt hinein, dann wird der Begriff der Nächstenliebe plötzlich wiederum zu einer lösenden Formel für unsere tägliche Situation in Beruf und Familie. Dem Bauern im alten kleinen Raum war sein Nächster sein Nachbar, mit von außen Kommenden hatte er selten zu tun. Heute sind wir in eine mobile Welt gestellt, wo wir immerfort mit anderen Menschen zu tun haben, von denen wir sehr wenig wissen. Und trotzdem müssen wir miteinander umgehen. Die moderne Welt lebt davon, daß wechselnde, oft nur sehr schmal begründete Verhältnisse von Mensch zu Mensch mit der vollen Verantwortung wahrgenommen werden. Freilich gehört auch die richtig bemessene Distanz dazu. Das Jetzt und Hier der Nächstenliebe und die wenig oder gar nicht vorgegebene Verbindung ist das Entscheidende dabei. Dafür gibt es keine Grenzen. Was zuerst von den Christen revolutionierend in die Welt getragen wurde, daß alle Menschen, ob sie Christen oder Juden oder Heiden oder Römer waren, von Christus gerufen sind, ist heute zum Lebensgesetz der modernen Welt geworden. (Darum sind eiserne oder steinerne Vorhänge so lebensgefährlich, weil die Bezogenheit und Verantwortung füreinander dadurch nicht aufgehoben, sondern erstickt wird. In der alten Welt gab es viele geschlossene Völkergrenzen und sie ging doch nicht daran zugrunde; denn die alte Welt war kleinräumig. Aber wir leben heute in der großräumigen Welt, und da ist eine absolute Scheidewand lebensgefährlich.)

Beim „Nächsten“ gibt es kein Ansehen der Person. Der Begriff des Nächsten hebt die Rangordnungen nicht auf, aber er durchkreuzt, belebt, relativiert sie. Diese Spannung muß ausgehalten werden. „Dies ist mein Untergebener oder mein Vorgesetzter und doch zugleich einfach und schlicht mein Nächster“: das gehört zum

Lebensgesetz der modernen Welt. Wenn dieses Gesetz durchbrochen wird und Menschen minderen Rechts geschaffen werden, die nicht Nächste sind, so hat das heute furchtbare Folgen. Die moderne Welt erträgt nicht mehr, worauf die antike Welt gebaut war, unbedingte Rangordnungen zu haben.

So hat sich die Welt verwandelt. Die Nächstenliebe enthält wiederum das, was wir jetzt schon zweimal gefunden haben, Abstand und Einssein mit dem anderen. Liebe ist nicht nur Einssein. Es kommt auf den richtig bemessenen Abstand an, der uns dem anderen nicht fremd werden läßt, aber auch uns und dem anderen den Raum läßt, den wir brauchen für unsere persönliche Verantwortung. Liebe beginnt nicht mit einer Bewegung auf den anderen zu, sondern vom anderen zurück (Guardini).

### Das neue Verhältnis zur Zeit

Nun das Letzte. Die moderne Haltung ist eine Haltung, die ein neues Verhältnis zur Zeit hat. Der Bauer alter Art hatte eine zyklische Zeitverstellung: Saat und Ernte, immer wiederkehrende Kreise. Das ideologische Zeitalter war daraus schon herausgetreten und lebte in einer Zeit, die sich gradlinig erstreckte, aber mit kurz abgehackten Enden, mit Traditionen, die sehr kurz waren nach rückwärts, und mit einer Planung in die Zukunft, die auch kurz war. Der Ideologe war nicht in den großen Spannungsbogen gestellt, der von der Schöpfung über das Kreuz zur verheißenen Zukunft reicht, sondern die Vergangenheit war verstellt durch kurzatmige Traditionen und die Zukunft durch kurzatmige Spekulationen und Planungen. Immerhin war auch das eine Form der Weltorientierung, und 100 Jahre hat das Bauerntum sehr anständig damit gelebt. Aber heute genügt das nicht mehr. Wir sind heute darauf verwiesen, nach beiden Seiten das Tor aufzustoßen und den zeitlichen Spannungsbogen des Glaubens im großen auszuhalten. Damit haben wir zur Zukunft wiederum das Doppelverhältnis: wir müssen sie planen und vorentwerfen. Aber wir können doch nicht im Letzten und Eigentlichen über sie verfügen. Denn die Zukunft ist

erfüllt von der Gewißheit des Glaubens, daß einer sie in Händen hält und sie sicher an ihr Ziel führt.

Ich habe einmal ein kluges Wort gehört, das mich seither nicht verlassen hat: „Sünde ist das Nichtdurchhalten der Verheißung“, d. h. wenn wir die Zukunft verplanen und sie festlegen wollen, schieben wir die Verheißung beiseite, die sich ja das letzte Wort über die Zukunft vorbehalten hat, und damit gefährden wir auch unsere Planungen selbst in der Wurzel. Nichtdurchhalten der Verheißung ist die Sorge und die Angst, es könnte irgendein Narr den roten Knopf zur Unzeit drücken und die Welt in die Luft fliegen lassen, aber auch die Resignation: „Es hat ja alles keinen Zweck“. Nichtdurchhalten der Verheißung ist der Traditionalismus in Kirche und Bauerntum, der sich an der Vergangenheit festhält und der Zukunft nichts zutraut. Das alles ist ein Nichtdurchhalten der Verheißung und ist Sünde. Hier rückt das merkwürdige Wort „Sünde“, das uns so fremd und so dünn und so unergiebig geworden ist, plötzlich mit einer zwingenden Gewalt in die Mitte unseres Daseins hinein.

Damit sind wir am Schluß. Abschließend muß aber noch dies gesagt werden: In allem, was besprochen wurde, kommt die Überforderung unserer Welt zum Ausdruck. Für die Haltung des modernen Menschen, wie sie von uns durch die Sachlage gefordert ist, gibt es keine Rezepte, die man einfach lernen kann. Uns bleibt nur der Gang ins Wagnis, der Gang in die Anforderung, von der man weiß: der geschichtliche, begrenzte Mensch kann ihr nicht in reiner Form genügen. Denn hinter der Forderung der modernen Welt steht die Wirklichkeit des christlichen Glaubens, die den geschichtlichen Menschen transzendiert. Weil die Wirklichkeit diese Tiefe hat, enthält sie auch die Gewißheit dessen, der da kommt. Von daher gewinnt der Glaubende die notwendige Gelassenheit in aller Planungsarbeit, in aller Anforderung, in aller Sachlichkeit, im Umgehen mit immer neuen Menschen. Das letzte Wort hat ein anderer. Wir brauchen es nicht zu haben.

## Der Mensch in der Landwirtschaft

Detlef Struve

Die Notwendigkeit der Agrarpolitik ergibt sich aus sehr verschiedenen Gesichtspunkten. Die Anpassung an die revolutionären industriewirtschaftlichen Wandlungen sowie die Notwendigkeit, sich in dem größeren Europäischen Markt unter sehr verschiedenartigen Konkurrenzbedingungen zu behaupten, übersteigen angesichts der bekannten Behinderungen in der Preisbildung für Nahrungsmittel die finanzielle Leistungskraft der Landwirtschaft. Kein Staat kommt um die Aufgabe herum, in dieser Situation den landwirtschaftlichen Betrieben seine Hilfe zuteil werden zu lassen. Daß das auf sehr verschiedenartige Weise geschieht, ist bekannt, und die Schwierigkeit, diese verschiedenen agrarpolitischen Systeme in den europäischen Ländern auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, ist eines der großen politischen Probleme unserer Tage.

Seltsamerweise ist die Notwendigkeit, der Landwirtschaft zu helfen, nirgendwo so umstritten wie in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar haben wir ein Landwirtschaftsgesetz, und der Bundestag entzieht sich auch keineswegs der damit gegebenen Verpflichtung. Aber jedes Jahr aufs neue stehen die parlamentarischen Verfechter der in dem Gesetz begründeten Notwendigkeiten der Aufgabe gegenüber, Verständnis dafür wecken zu müssen, daß die im Grünen Bericht ausgewiesenen Minuserträge eine entsprechende Beantwortung durch die Agrarpolitik erfordern. Auch dieses Jahr macht davon keine Ausnahme, obgleich der im Grünen Bericht einwandfrei bestätigte Rückgang der landwirtschaftlichen Einnahmen in dem zur Debatte stehenden Wirtschaftsjahr 1961/62 runde 900 Millionen DM ausmacht. Man sieht nur den Etat und man sieht nicht das Problem, das

möglicherweise schon sehr schnell eminente politische Bedeutung gewinnen kann, weil es in ausgesprochen menschlichen Nöten begründet ist.

Die Landwirtschaft selbst würde allerdings sehr erleichtert sein, wenn sie ihre eigene Situation nur mit ökonomischen Maßstäben zu messen brauchte. Sie ist nämlich mit vielen guten Gründen der Meinung, daß sie von der Sache her vor diesem Maßstab würde bestehen können. Zwar mußte sie es in den ersten Jahren nach dem Kriege erst lernen, daß sich Grundlegendes auch in ihrer Lage verändert hatte, und manche Investition wurde in dieser Zeit unternommen, die sich nachträglich als falsch und sehr kostspielig erwiesen hat. Aber inzwischen weiß man, was der Produktionsfaktor Kapital bedeutet, und man versteht damit umzugehen. Dennoch aber bleibt die Tatsache, daß man diesem Faktor geradezu ausgeliefert ist, und daß man manche Entscheidung treffen muß, die man lieber noch aufschieben möchte. Aber der Druck der Löhne, deren Höhe in wirtschaftlichen Bereichen mit sehr viel besseren Verdienstmöglichkeiten bestimmt wird, und die immer noch weiter anhaltende Abwanderung der Arbeitskräfte vom Lande lassen keine andere Möglichkeit zu. Das Ergebnis sind wirtschaftliche Schwierigkeiten und eine vielfach unterschätzte große menschliche Bedrängnis.

Die Menschen auf dem Lande stehen mit dem Einbruch der Technik einer völlig veränderten Lebenslage gegenüber, die ein einschneidendes Umdenken von ihnen erfordert. Dazu kommt die Arbeitsnot, die auf vielen Betrieben den Kräften der Bauern und der Bäuerinnen mehr abverlangt, als sie zu geben vermögen. Die 40-Stunden-Woche ist für sie ein unvorstellbarer Begriff und die Sonntagsarbeit eine Selbstverständlichkeit. Es bedarf keiner begründenden Worte, um deutlich zu machen, was diese Wandlungen für die Menschen auf dem Lande und für das Zusammenleben in den bäuerlichen Familien bedeuten. Die ungewöhnlichen Anforderungen des alltäglichen Lebens lassen in den weitaus meisten Fällen jene Ruhe nicht mehr zu, die Voraussetzung für ein ausgeglichenes Leben ist.

Natürlich muß man mit Recht der Meinung sein, daß es nicht Sache des Staates sein kann, in dieser Lage zu helfen. Sie fordert den Menschen und zwingt ihn dazu, auf diese Schwierigkeiten seine eigene Antwort zu geben. Tatsächlich fehlt es in unseren Dörfern auch nicht an unzähligen Beispielen dafür, daß man sich dieser so plötzlich von Grund auf gewandelten Lebenslage mutig und unverdrossen und mit großer Verantwortungsbereitschaft stellt. Natürlich fällt es den Jüngeren, die in diese neuen Gegebenheiten hineinwachsen, leichter als den Älteren, damit fertig zu werden. Aber Resignation gehört auch bei diesen zu den Seltenheiten.

Dennoch kann man bei der Antwort auf die Frage nach Notwendigkeit und Ausmaß der staatlichen Hilfe für das Land an diesen Veränderungen nicht vorübergehen. Gerade weil es sich bei der Bewältigung der mannigfachen Fragen um eine den Menschen gestellte Aufgabe handelt, ist es so wichtig, daß diese die Ursachen ihrer Probleme verstehen und nicht bedrängt werden durch das Gefühl, der Willkür anderer ausgeliefert zu sein. Das müßte das Bewußtsein entstehen lassen, in unserer

## Konzil, Papst und Ökumene

Betrachtungen eines Protestanten zum Vatikanischen Konzil

Walter Leibrecht

(II)

### Das Rätsel des neuen Kurses

Viele von den in Rom versammelten Bischöfen sind ganz augenscheinlich verwirrt und wissen nicht, wo alles hinaus soll. Der Papst hat von diesem Konzil eine Reform der Kirche verlangt, um einen Weg zur „Wiedervereinigung mit den getrennten Brüdern“ vorzubereiten. Es ist gar keine Frage, daß dieser ökumenische Wille des Papstes auf die Bischöfe einen starken Eindruck gemacht hat, aber es ist eine Kost, die manche von ihnen noch nicht verdauen können. Zu dieser ökumenischen Absicht des Papstes kommt nun noch hinzu, daß von all den vielen offiziellen Konzilszielen gerade das der Förderung der christlichen Einheit den großen Nachhall im Volk und in der Presse gefunden hat. Auch Bischöfe, die sich gar nicht für ökumenische Ziele interessieren, sind beeindruckt von der Tatsache, daß die Welt von diesem Konzil sehnlichst einen ernsthaften Beitrag zur Frage der Einheit der Christenheit erwartet. Die über 1000 Reporter in Rom gebärdeten sich so, als ob die Einheit das einzige Anliegen des Konzils sei. Im Zeitalter der „public-relations“ kann es sich selbst ein spanischer oder ein irischer Bischof nicht mehr erlauben, die Volkserwartung einfach zu ignorieren, zumal sie sich in diesem Fall auf Aussprüche des Papstes berufen kann. Aber warum nun plötzlich hartgesottene Häretiker als Brüder angesehen werden sollen, wie der Papst es will, und warum sie — wenn auch als getrennte — überaus geliebt werden sollen, ist vielen der Bischöfe offenbar noch ein großes Rätsel.

Auch um dieses Rätsel ein wenig aufzuhellen, wenden sie sich in den Pausen der Versammlungen und bei anderen Gelegenheiten oft an die protestantischen Beob-

---

gesellschaftlichen Ordnung zu einer Abseitsstellung erniedrigt zu sein. Diese Gefahr ist allerdings sehr groß.

Im Vergleich der Ertragsmöglichkeiten und der sich daraus ergebenden Lebensansprüche bleibt der Landwirtschaft gar nichts anderes als die Feststellung, sich mit den „Anderen“ nicht vergleichen zu können. Daraus erwächst zwangsläufig eine Unzufriedenheit, die als zusätzliche menschliche Belastung es noch schwerer macht, in den veränderten Verhältnissen eine Stärkung für das bedrohte Selbstbewußtsein zu finden. Es droht im Bauerntum nicht nur eine Staatsverdrossenheit, die wir uns nicht leisten können, sondern es gibt auch manche menschliche Not, die das Gewissen der Verantwortlichen belasten muß. Denn daran kann man nicht zweifeln, daß der Staat es in der Hand hat, den Schwierigkeiten mit agrarpolitischen Mitteln zu begegnen. Gegen ihn richtet sich darum auch der auf dem Lande so oft zu hörende Vorwurf, daß gegenwärtig mit zwei Maßen gemessen werde. Es wäre nicht gut, wenn dieser Vorwurf nicht sehr ernst genommen würde.

achter und fragen — zum Beispiel, worum es in den Kirchen der Reformation heute eigentlich geht, was für eine Bewandnis es habe mit der ökumenischen Bewegung, was man als Protestant an der römischen Kirche als störend empfinde, usw. In diesen Gesprächen wird es ganz deutlich, daß manche dieser Bischöfe absolut groteske Vorstellungen vom Protestantismus haben.

#### **Konsequenzen des ökumenischen Kurses**

Es ist in der katholischen Kirche — zumindest unter vielen der Bischöfe in Rom — ein großes Rätselraten über die Konsequenzen des neuen ökumenischen Kurses im Gange. Aus Gesprächen und Bemerkungen entnehme ich folgende Reaktionen:

Einzelne meinen, die Hinwendung des Papstes zu den Kirchen außerhalb der Jurisdiktion Roms sei als eine weltmännische Geste zu verstehen. Andere sprechen von einer seelsorgerlichen Geste, die dem Papst in seiner einzigartigen Stellung als Repräsentant Christi, aber auch als Repräsentant der ganzen christlichen Welt zusteht. Man dürfe von dieser Geste her nicht schließen, daß es nun auch Sache jedes Bischofs und jedes Priesters sei, in seinem Bereich mit ökumenischer Weite und Bereitschaft zu wirken. Oder anders: es sei durchaus dem Amt des Papstes angemessen, den Erzbischof von Canterbury und den Moderator der schottischen Presbyterianer zu empfangen, nicht aber die Aufgabe eines Priesters, dem evangelischen Pfarrer im gleichen Ort im gleichen ökumenisch-kollegialen Geist zu begegnen.

In privaten Gesprächen wurde die Wirkung dieses neuen ökumenischen Geistes auf das katholische Selbstbewußtsein erörtert. Dabei wurde von einigen katholischen Teilnehmern darauf hingewiesen, daß sich der Katholik seiner selbst immer noch stark im polemischen Gegenüber zum Protestanten bewußt wird. Ohne die polemische Haltung rechtfertigen zu wollen, stellte man doch als Tatsache fest, daß sich in diesem Gegenüber zum Protestantismus starke katholische Energien entwickeln. Ein Teilnehmer an einem Gespräch fügte noch in einer gewissen Selbstironie hinzu: Uns Katholiken den Protestanten als Gegner zu nehmen, könnte für uns genau so fatal sein, wie wenn der Kommunist eines Tages aufwachte und sähe, daß es keine Kapitalisten mehr gäbe. Ich machte mir im Stillen meine Gedanken und fragte mich, wieviele nominelle Protestanten wohl ihre Kirche verlassen würden, wenn der Antikatholizismus eines Tages als Grund der Zugehörigkeit wegfiel. In Rom war die Befürchtung weit verbreitet, daß der ökumenische Geist eine Erschlaffung der katholischen Energie und militanten Haltung zur Folge haben könne. So konnte denn auch ein anderer Partner im Gespräch lächelnd hinzufügen, die dialektischen Materialisten seien doch noch zu weit vom Schuß, um vollgültig die Rolle der Protestanten im katholischen Selbstbewußtsein übernehmen zu können.

So machen sich viele Bischöfe Sorge um die Reaktion des Kirchenvolks auf den ökumenischen Anreiz. Es beschäftigt sie auch sehr die Frage: Wie sage ich es meinem Kind? Manche von ihnen betonen, wie gefährlich der ökumenische Geist der ganzen katholischen Kirche werden könne. Spräche man erst einmal von den Christen außerhalb der Römischen Kirche als Brüder, die geliebt werden müssen, so könnte der katholische Laie leicht auf den Gedanken kommen, daß es auch außerhalb

Roms eine legitime Christlichkeit gäbe und daß man auch anderen Kirchen als Glieder am Leibe Christi angehören könne. Ein solch naheliegender Schluß würde aber zum Relativismus führen und zu einem Infragestellen des absoluten und vollen Charakters der katholischen Wahrheit.

#### **Die Strategie der Wiedervereinigung**

Aber auch eine andere Frage bewegt die Bischöfe: Bedeutet die Hingabe an den ökumenischen Geist ein Aufgeben des Konvertitenwesens? Dabei geht es vor allen Dingen um die Strategie der anzustrebenden Wiedervereinigung. Der Papst hat gesagt, daß diese in Schritten erfolgen und man jetzt erst einmal den ersten Schritt tun müsse. Bei allen katholischen Bischöfen und Theologen, mit denen ich sprach, bestand die Meinung, daß es sich bei der erstrebten Einheit um eine Union handeln müsse. (Eine geistliche Einheit, eine verborgene oder eschatologische, von der man unter Protestanten gern spricht, ist den Katholiken eine unmögliche Vorstellung.) Diese Union kann nur die Gestalt einer Wiedervereinigung mit der Römischen Kirche haben, mit der Kirche, die nach ihrer Meinung die eine und wahre ist und die die Einheit in der einzig möglichen und denkbaren Form verkörpert. Ist dies gesagt, muß allerdings sofort hinzugefügt werden, daß bei vielen der Konzilsteilnehmer ein starkes Bewußtsein dafür vorhanden ist, daß die Römische Kirche sich selbst auf diese Wiedervereinigung hin stark erneuern und reformieren muß. Im Blick auf die Strategie stellt sich die Frage dann so: Soll man seine Aufmerksamkeit und Energie der Heimholung einzelner außenstehender Christen widmen wie bisher, oder soll man sich einer neuen ökumenischen Strategie folgend direkt an die häretischen und schismatischen Kirchen wenden und mit ihnen verhandeln? Viele meinen, daß dies letztere die neue Linie sei, die vom Papst angestrebt wird, und die sich schon in seinen Empfängen von nicht-römischen christlichen Führern und auch darin abzeichnet, daß durch das Sekretariat des Kardinals Bea mit anderen Kirchenleitungen Fühlung aufgenommen wird. Diese Linie möchte der Papst von diesem Konzil bestätigt sehen. Ich selbst habe die Überzeugung gewonnen, daß der Papst selbst ein direktes Verhandeln mit den Kirchen will.

Solch neue Strategie macht es vielen Katholiken allerdings fraglich, ob man dann noch das Betreiben der Einzelkonversion, wie es z. B. besonders in Nordamerika geübt wird, fortsetzen kann. Man kann ja nicht die Leitungen der anderen Kirchen ansprechen und von ihnen erwarten, daß sie einer „sanften Einladung“ folgen, und sie gleichzeitig dadurch ärgern, daß man die Mitglieder ihrer Kirchen zu Proselyten machen möchte. So haben denn auch viele der Reformvorschläge, die dem Konzil vorgelegt worden sind oder noch werden, ihren Grund darin, daß Ärgernisse zwischen den Kirchen beseitigt werden sollen. Unter diesen Reformvorschlägen sind folgende:

#### **Die Reformvorschläge**

Die Landessprache soll an die Stelle des Lateins in der Liturgie treten. Eine Dezentralisierung der Römischen Kirche durch Verlagerung von Machtbefugnissen an die nationalen und regionalen Bischofskonferenzen und im Zusammenhang damit eine Aufwertung der Rolle des Bischofs, des Priesters und des Laien. — Eine Reform

des Index. Eine Reform der kirchlichen Gesetzgebung bezüglich der Heirat von Katholiken mit Gliedern anderer Kirchen. — Auch die Frage wird erörtert werden und wurde schon im Zusammenhang mit der Diskussion über die Liturgiesprache angeschnitten, ob man nicht innerhalb der Römischen Kirche prinzipiell die Existenz anderer Kirchenformen erlauben sollte, ähnlich wie man das schon bei den Rom angeschlossenen einstmals orthodoxen Kirchen getan hat.

### Gruppierung der Bischöfe

Es zeigte sich bei den Diskussionen in Rom, daß die Bischöfe zu folgenden Gruppierungen tendieren: solche, die gegen eine Fühlungnahme mit nichtrömischen Kirchen sind und die Aufgabe des Konzils in bezug auf die Einheit einzig und allein darin sehen, in Rom ein „Schauspiel absoluter Einigkeit“ im Sinne von Einstimmigkeit abrollen zu lassen in der Hoffnung, damit den Außenstehenden so zu imponieren, daß sich viele von ihnen von der zur Schau gestellten Einheit angezogen fühlen.

Andere Bischöfe und Theologen aber sind sich bewußt, daß gerade diese zu Uniformität tendierende Einheit — jene Einheit von oben, gestützt von absolutistischen Ansprüchen — es ist, die in den Augen der nichtrömischen Christen ein großes Ärgernis darstellt. Darum plädieren diese Bischöfe für Reformen, die auf eine Dezentralisierung der Autorität und größere Vielgestaltigkeit der Liturgie und Ordnung hinzielen. Sie sind an der Zurschaustellung der Geschlossenheit weniger interessiert.

Andere Konzilsväter — und von denen gibt es viele — denken, alles was nötig sei, die Einheit aller Christen zu bewirken, sei der gute Wille. Oft geht diese Bekundung guten Willens Hand in Hand mit einer energischen Ablehnung jeglicher eigenen Reform.

Die Zahl derer ist im Wachsen, die wissen, daß mit gutem Willen allein sich die gegenseitige Trennung nicht aufheben läßt und daß man nicht weiter kommt, wenn man die ganze Einheitsfrage mit der Symbolik des Gleichnisses vom verlorenen Sohn aufgreift und sich dabei selber die Vaterrolle zuschreibt. Sie betonen, daß sich die Römische Kirche auf den Weg machen müsse und daß dies energische Reformen bedeute. In dieser Gruppe sind viele der deutschen katholischen Prälaten und Theologen.

### Das Dilemma der Ökumenität

Bei all diesen Debatten tritt oft eine große Inkonsequenz oder besser Ratlosigkeit zu Tage — hinsichtlich der Frage nämlich, was dann geschehen soll, wenn erst einmal die Reformen durchgeführt und damit die Ärgernisse aus dem Weg geräumt sind. Erwartet man dann einen spontanen Andrang der nachhause geliebten Brüder — oder wird Rom dann bereit sein, mit den Kirchen zu verhandeln? Manche spüren schon das Dilemma: Rom kann neben sich keine andere Kirche als Kirche anerkennen. Aber ohne eine solche wenigstens de facto Anerkennung der anderen Kirchen als „Kirchen“ wird es Rom nicht möglich sein, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen oder sie dazu zu bewegen, sich mit Rom an einen Tisch zu setzen. — Tatsächlich bemühen sich katholische Theologen zur Zeit darum, wie man die anderen „christlichen Religionsgemeinschaften“ als

Kirche bezeichnen könnte, ohne damit die volle Anerkennung dieser Kirchen als legitime Glieder des Leibes Christi auszusprechen. Aber solche Kasuistik wird wenig helfen. Man hat sich in Rom dem eigentlichen theologischen Problemen noch nicht gestellt. Aber viele protestantisch-orthodoxen Kirchen haben das nach 50 Jahren Ökumene auch noch nicht getan und versagen sich die gegenseitige „Anerkennung als Kirche“.

Der neue ökumenische Geist und die neue ökumenische Strategie der römischen Kirche können nur dann einen entscheidenden Beitrag zur Einheit leisten, wenn sie konsequent sind und zur grundsätzlichen Anerkennung der anderen Kirchen als „Kirchen“, als Glieder am Leibe Christi, führen. Das aber würde zwangsläufig ein Aufgeben der eigenen absoluten und exklusiven Ansprüche bedeuten. Natürlich gilt das auch für jede andere Kirche, der es um die Sache der christlichen Einheit wirklich ernst ist.

Wer im Vatikanischen Konzil „siegen“ wird, wenn es zur Abstimmung kommt, ob die Bischöfe der Reform und der ökumenischen Haltung oder die Konservativen, das läßt sich jetzt einfach noch nicht voraussagen. Die Initiative in der ersten Konzilsphase lag ganz eindeutig bei den Fortschrittlichen. Aber das besagt noch lange nicht, daß sie die Mehrheit gewinnen werden, wenn all die Hunderte von Bischöfen, die nie reden und immer schweigend dabeisitzen, ihre Stimme abgeben werden.

### Die Position der Konservativen

Die Rolle der Konservativen wird in Deutschland oft nicht recht verstanden. Man täte vielen von ihnen bitter Unrecht, wollte man ihnen den guten Willen zur Lösung der der Kirche heute gestellten Probleme absprechen. Wenngleich auch viele von ihnen zur Kategorie der vom Papst so scharf angegriffenen ewig Gestrigen gehören, so sind sie oft doch einfach pragmatisch orientierte Leute. Sie betrachten alle Fragen von der praktischen Notwendigkeit der Menschenführung her und zwar der Führung von etwa 400 Millionen Gläubigen. Sie sind überzeugt, daß sich eine solche Menge von Menschen der verschiedensten Temperamente und des mannigfaltigsten Herkommens nur zusammenhalten, geistlich ausrichten und zur geistigen Wirkung bringen läßt, wenn die Führung ganz straff ist und zentral in einer Hand liegt. Es steht für sie fest, daß sich die Entscheidungen des 1. Vatikanischen Konzils mit seiner starken Zentralisierung der Autorität, mit der Absoluterklärung der päpstlichen Dekrete, der Strafung und Vereinheitlichung der Ordnung und Liturgie der Kirche historisch gerechtfertigt und bewährt haben. Gerade deswegen steht die katholische Kirche nach ihrer Meinung in einer nie dagewesenen Geschlossenheit da. Sie wollen vermeiden, daß dieses Werk um einer vagen Einheitsmöglichkeit willen mit den Christen außerhalb der Kirche durch allerlei Reformvorschläge bedroht wird. Zweimal wurde das in der Debatte klar ausgesprochen: Wir brauchen keine Reform — was wir brauchen ist noch bessere Organisation und eine noch bessere Befehlsdurchgabe von oben nach unten. Nicht die Einheit mit getrennten Brüdern sei die dringende Aufgabe, sondern die Aufrechterhaltung und Bewahrung der Einheit unter den Brüdern innerhalb der Kirche — nur die stärkste Autorität könne die Kontinuität dieser Einheit

garantieren — und darum müsse man „nein“ sagen, wo immer für größere geistliche Freiheit und große Mannigfaltigkeit der Ordnungen und Dezentralisierung der Autorität plädiert wird. — Die Ballung der Macht zur Führung der Kirche in der Kurie sei nur die historisch notwendige Konsequenz der Expansion der römischen Kirche — je größer die Kirche, desto straffer und militanter müsse sie geführt werden.

Im Blick auf die Praxis der Kirche kann man sich diesen Argumenten kaum entziehen und man müßte ihnen wohl zustimmen, wenn die Gemeinschaft, um die es hier geht, eine rein weltliche Größe wäre. Aber es geht um die Kirche und um den Willen Christi, daß alle die eins seien, die seinen Namen tragen. Und von daher gesehen haben die Konservativen nicht recht. Es ist

Gottes Wille, daß sein Volk auf Erden eins sei. Diesem Willen müssen sich auch die praktischen Gründe der Menschenführung unterordnen.

Vielleicht ist es das bedeutendste Ereignis in der Kirchengeschichte des 20. Jahrhunderts, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche, daß sich viele ihrer Bischöfe und Millionen ihrer Glieder dem ökumenischen Geist öffnen. Es ist noch zu früh, um von irgendeiner Wiedervereinigung zu reden. Aber es gehört kein Optimismus dazu, um festzustellen: wenn die größte der christlichen Kirchen ökumenisch aktiv wird und in dieser Bewegung sogar zur Initiative übergeht, dann kann man in dieser Kirche und darüber hinaus in der ganzen Christenheit mit aufregenden neuen Ereignissen rechnen.

## Pressestimmen

### Wer wird Partner des französischen Erziehungsministers?

Im „Akademischen Dienst“ vom 5. 3. 1963 befaßt sich Dr. Berthold Martin mit dem deutsch-französischen Vertrag:

Seit dem Karlsruher Fernsehurteil hat man bei uns ein sehr feines Gefühl für die föderative Staatsstruktur entwickelt. Vor allem der Begriff der „Kulturhoheit der Länder“ hat sich so ins allgemeine Bewußtsein eingepreßt, daß jedermann, erklingt nur das Wort Kultur, sogleich anzunehmen geneigt ist, es handele sich um eine Angelegenheit der Länder. Das gilt auch für die kulturpolitisch relevanten Teile des deutsch-französischen Vertrages, dessen Ratifizierung zur Zeit zur Diskussion steht, und nur so dürfte es auch zu verstehen sein, daß der Gedanke aufgekommen ist, zum ständigen Konsultationspartner des französischen Erziehungsministers — d. h. nach dem Vertragstext zu „derjenigen Persönlichkeit, die auf deutscher Seite benannt wird, um die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu verfolgen“ (vgl. akd 1963, S. 60) — einen von der Kultusministerkonferenz bestimmten Landeskultusminister zu machen.

Schon die Unbestimmtheit der Formulierung des Vertrages, die bewußt offen läßt, wer hier benannt werden soll, zeigt die Unsicherheit an, die heute bei uns offensichtlich in der Frage der kulturpolitischen Repräsentanz nach außen herrscht. Einen Bundeskultusminister gibt es nicht und der Außenminister ist auch nicht der „natürliche“ Gesprächspartner eines ausländischen Erziehungsministers. Trotzdem ist der Vorschlag, einen Landeskultusminister mit der Aufgabe zu betrauen, verfehlt. Denn er ist nicht nur politisch unglücklich, sondern auch rechtlich höchst bedenklich und zweifelhaft. Nach dem Grundgesetz sind die auswärtigen Beziehungen, und zwar auch die auswärtigen Kulturbeziehungen, grundsätzlich Sache des Bundes. Die Länder können hier nur in begrenztem Rahmen tätig werden: soweit ein Land von

einem Verträge speziell betroffen ist, muß es rechtzeitig vorher gehört werden; außerdem können die Länder im Rahmen ihrer Kompetenz mit Zustimmung der Bundesregierung mit fremden Staaten selbst Verträge schließen. Eine Vertretung der ganzen Bundesrepublik nach außen durch Mandatäre der Länder ist indessen nicht vorgesehen. Andererseits ist es weder rechtlich noch politisch ernsthaft vorstellbar, daß ein Landesminister als den Weisungen der Bundesregierung unterworfenen Vertreter des Bundes tätig wird. Im übrigen würde auch der Präsident der Kultusministerkonferenz die Durchführung des im deutsch-französischen Vertrag vereinbarten Programms, soweit es den Kompetenzbereich der Länder betrifft, nicht garantieren können, wie aus dem Konkordatsurteil des Bundesverfassungsgerichts folgt. Vielmehr könnte ein Landesminister noch nicht einmal für die Gesamtheit der Länder eintreten wie immerhin ein Vertreter des Bundes für den Bund. Mehr als „beobachtend“ verfolgen, was aus dem Programm wird, und Appelle an den guten Willen der Länder richten könnte er mithin auch nicht.

Aber abgesehen von diesen rechtlichen Erwägungen — auch politische Gründe sprechen gegen den eingangs erwähnten Vorschlag, den „Kulturbeauftragten“ des Pariser Vertrages der Länderrepräsentanz zu entnehmen. Einmal umfassen die kulturpolitischen Bestimmungen des Vertrages, was offenbar hier und da übersehen worden ist, neben den Absätzen über den Sprachunterricht u. a. auch eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung, für das eine klare Bundeskompetenz besteht und auf dem der Bund Vertragspflichten selbst voll erfüllen kann. Zum anderen ist auch die auswärtige Kulturpolitik, wie sie in Kulturabkommen zum Ausdruck kommt, ein Teil der Außenpolitik, deren Führung ungeschmälert beim Bund bleiben sollte. Das liegt im Interesse aller Beteiligten. Man erweist dem Föderalismus keinen Dienst, wenn man, etwa aus aktueller, tagespolitischer Opportunität, den Ländern etwas gibt, was nicht ihres Amtes ist und sein kann.

Der wachsenden Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik entspräche es ohnehin, für diesen Bereich einen besonderen Staatssekretär im Auswärtigen Amt zu haben. Er wäre auch bei einem protokollarischen Entgegenkommen der Franzosen der nach Lage der Dinge geeignetste Gesprächspartner für den französischen Erziehungsminister. Bei unserer komplizierten Verfassungs- und Kompetenzstruktur könnte es sich allerdings empfehlen, ihm eine Delegation zur Seite zu stellen, der auch Vertreter des Länderbereichs, etwa der Generalsekretär der Kultusministerkonferenz, angehören. Auf jeden Fall wäre es erfreulich, wenn die Länder, über erfolgte Ungeschicklichkeiten hinwegsehend und ohne sich auf sinnlose Kompetenzerörterungen einzulassen, in der Frage des deutsch-französischen Vertrags dem Bund die Hand zur möglichst engen Zusammenarbeit reichen würden. B. M.

### Die Kirche und die Entwicklungsländer

Im Oktoberheft der Zeitschrift „Zeitwende — Die neue Furche“ fordert Heinz-Dietrich Wendland eine „kritische Solidarität“ der Kirche mit den Menschen in dieser unserer Welt:

„Diese Freiheit, mit der sich die dienende Kirche in der Gesellschaft bewegt, ist eine kritische Freiheit und zugleich eine kritische Solidarität mit den Menschen, denen sie dient. Sie führt zur Kritik der Ideologien, die für ein bestimmtes Gesellschaftssystem oder eine bestimmte geschichtlich-soziale Größe, wie z. B. eine Rasse, eine Nation, absolute Ansprüche erheben. Sie beweist ihre kritische Kraft vor allem in der Aufdeckung von Entmenschlichung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit in gesellschaftlichen Verhältnissen und Institutionen. Denn diese sind ja der Macht des Bösen nicht entnommen, sie haben ein Gefälle zur Pervertierung und Entartung — z. B. der Herrschaftsstruktur, oder in Gestalt der Ausbeutung des Schwächeren —, dem ständig Widerstand geleistet werden muß. Nur durch kritische Solidarität kann die Kirche zum Weggenossen der Menschen werden, welche die soziale Umwälzung erleiden müssen, mit allen Unsicherheiten und Gefahren für Leib und Seele, die diese mit sich bringt, ohne den Schutz der alten Ordnungen der Großfamilie, des Stammes oder der Kulturgemeinschaft.“

Man bedenke hierbei, daß die soziale Revolution neue Proletariate erzeugt. Nur eine weitschauende, vorsorgende Gesellschaftspolitik kann verhindern, daß sich hier die soziale Tragödie des europäischen Kapitalismus im frühen 19. Jahrhundert wiederholt. Daher — andere Gründe können hier nicht berücksichtigt werden — ist auch die Frage der staatlichen Steuerung der Wirtschaft in den Gebieten des raschen sozialen Umbruchs besonders bedeutungsvoll. Das Modell der Marktwirtschaft reicht offenbar nicht aus, die dort entstehenden Probleme der Wirtschaftsordnung zu lösen, da viele Voraussetzungen der freien Marktwirtschaft nicht oder noch nicht vorhanden sind. Das kann zur Folge haben, daß die Freiheit in den neu sich bildenden Gesellschafts- und Wirtschaftskörpern nur auf dem Papier existiert.

Je stärker der Staat direkt den Aufbau der Wirtschafts- und Sozialordnung betreibt, desto wichtiger wird es um der Freiheit willen sein, daß der freie Dienst der Kirchen neben ihm getan werden kann, daß der Staat und die säkularen Organisationen „nicht die einzigen Werkzeuge des Dienstes werden“; besonders die auf die Person gerichtete, christliche diakonia ist hier unentbehrlich.“

**William O. Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage, 1815–1871, Chr. Kaiser Verlag München, 1962, Ln. DM 26.—.**

Dieses Buch hat alle guten Eigenschaften, die der angelsächsischen Geschichtsschreibung nachgerühmt werden. William O. Shanahan, Amerikaner und Jesuit, berichtet nüchtern und mit größter Sachlichkeit über die mannigfaltigen Bemühungen des deutschen Protestantismus, mit der „sozialen Frage“ fertig zu werden. Niemals klagt er an oder ereifert er sich über dessen Versagen, ihm kommt es allein darauf an zu zeigen, wie es wirklich gewesen ist. Er verbindet eine profunde Kenntnis der Sozialgeschichte mit einem umfassenden Wissen von der deutschen Geistesgeschichte, so daß er ebenso in der Lage ist, eine prägnante Übersicht über die „soziale Frage“ zu geben wie die Gedanken Wicherns in den Gesamtzusammenhang der geschichtlichen Bewegung einzuordnen. Shanahan ist erfreulich frei von solchen Klischeevorstellungen, wie die von der angeblich unbezweifelbaren Kontinuität von Luther über Friedrich d. Gr. zu Bismarck, ja schließlich zu Hitler. So darf die Absicht des Verfassers, „die Versuche des deutschen Protestantismus zur Bewältigung der sozialen Frage auf dem Hintergrund der nationalen Geschichte von 1815–1871 darzustellen“, als gelungen bezeichnet werden.

Shanahan versteht unter „sozialer Frage“ die „durch den Industrialismus hervorgerufene Krise der menschlichen Existenz“. Sein Begriff der „sozialen Frage“ ist somit weiter gespannt als der des 19. Jahrhunderts, der sich auf den Teil der Bevölkerung bezog, „der eindeutig aus der alten bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen war und dessen Emanzipation daher zum Hauptproblem des Weges zur neuen Gesellschaft angesehen wurde“ (W. Conze).

Der Verfasser analysiert die beiden Hauptkräfte, von denen der deutsche Protestantismus die Mittel zu einer ersten Orientierung angesichts der Herausforderung durch die moderne Welt empfing: Pietismus und Idealismus. Dazu greift er zurück in das ausgehende 17. Jahrhundert (Spener) und befaßt sich dann vor allem mit Herder, Fichte, Hegel und Schleiermacher. Der letzte darf wohl als einer der ersten bezeichnet werden, der die neue Entwicklung in den Blick nahm und — vor allem in seinen Predigten — die Kirche auf ihre Verantwortung hinwies.

Es gehört zum Wesen des deutschen Protestantismus, daß seine Stellung (bis 1918) weitgehend durch die Verbindung von „Thron und Altar“ bestimmt war. Daraus resultiert eine starke Integration in die bestehende Gesellschaft, die sich für den Protestantismus gegenüber der sozialen Frage als schwerer Hemmschuh für durchgreifende soziale Maßnahmen erwies. Zugleich bekam der Protestantismus damit in besonderer Weise alle Bewegungen zu spüren, die die politische Ordnung erfaßten. Darum ist es durchaus sachgemäß, wenn Shanahan die große Bedeutung der Ereignisse von 1813 bis 1815, 1848 und 1871 herausarbeitet. Freilich konnte es infolge des Landeskirchentums keine gewissermaßen amtliche Reaktion einer Evangelischen Kirche in Deutschland geben. So nimmt denn auch der Bericht über die Aktionen einzelner, die sich der sozialen Frage stellten, den größten Teil des Buches ein.

Die große geschichtliche Bewegung, die, von der Französischen Revolution ausgehend, alle Bereiche des europäischen

Lebens erfaßte, ging im „Zeitalter der deutschen Erhebung“ (Meinecke) auch am Protestantismus nicht spurlos vorüber. Eine tiefgreifende religiöse Erweckung beeinflusste nicht nur den Glauben des Volkes, die Theologie und das Verhältnis von Staat und Kirche, sondern weckte auch neues Interesse an den sozialen Problemen.

Infolge der engen Verflechtung des Protestantismus in die ständisch-agrarische Gesellschaft nimmt es allerdings nicht wunder, daß die führenden konservativen Kräfte die soziale Frage mehr als ein Problem der individuellen Moral denn als eine Aufgabe der Gesetzgebung und des Staates ansahen. Dies blieb bis in die 60er Jahre der Grundzug in den evangelischen Stellungnahmen zu den neuen Problemen der Gesellschaft. Auch Wicherns Innere Mission, sein Manifest auf dem Wittenberger Kirchentag (1848) wie Victor Aimé Hubers Bemühungen um genossenschaftliche Selbsthilfe vermochten nicht, das „Bündnis zwischen protestantischer Orthodoxie und preußischem Konservatismus“ zu lösen, wenn sie auch die einzigen bedeutenden Protestanten waren, die sich bemühten, die religiöse Bedeutung der Unzufriedenheit im Volke zu ermessen (S. 180). Freilich hielten auch sie die neuen sozialen Spannungen für Abweichungen von Normen, die durch Geschichte und Tradition begründet und durch göttliche Autorität legitimiert seien, und verbauten sich damit den Weg für echte soziale Reformen, die nach Lage der Dinge zugleich auch politische Reformen hätten sein müssen. Wichern und Huber stehen im Mittelpunkt der Darstellung Shanahans. Daneben berichtet er ausführlich über die zahlreichen Versuche konservativer Persönlichkeiten und Gruppierungen, die soziale Frage zu lösen, die für das konservative Denken so bedeutsame Staatsphilosophie F. J. Stahls („Der Protestantismus als politisches Prinzip“) wie die Aktionen der Agrarier (Bülow-Cummerow) und Hermann Wagners (Berliner Revue) bis hin zu den Überlegungen Rudolf Hermann Meyers, „den Sozialismus zur Erneuerung des Konservatismus benützen“ zu wollen (1870).

In den 60er Jahren kamen die in der Restaurationspolitik nach 1848 erstarrten Fronten wieder in Bewegung. Bismarck, seit 1862 preußischer Ministerpräsident, zog die Liberalen stärker zur Mitarbeit heran und die Arbeiterbewegung erholte sich von der Apathie, in die sie weithin gefallen war. Im Protestantismus gewannen seit dem Stuttgarter Kirchentag (1869) die Kathedersozialisten zunehmend an Einfluß (E. Nasse, Adolf Wagner u. a.). Dies führte dazu, daß die Protestanten allmählich eine positive Einstellung zu sozialpolitischen Maßnahmen des Staates erlangten, was andererseits die ohnehin nicht sehr starken privaten Initiativen weiter schwächte (S. 447f.). Die Berliner Oktoberversammlung (1871) brachte mit der Forderung Adolf Wagners nach Anerkennung der Gewerkschaften den Höhepunkt einer kurzen Periode lebhaften kirchlichen Interesses an der sozialen Frage.

Mit der Reichsgründung bricht Shanahan seine Darstellung der „konservativen Phase“ in der Entwicklung des deutschen Protestantismus im 19. Jahrhundert ab. In einem zweiten Band, der hoffentlich recht bald folgen wird, soll die Periode von 1871 bis zur Machtergreifung 1933 behandelt werden.

Shanahan hat gezeigt, daß die evangelisch-soziale Bewegung sehr vielgestaltig war und in dieser Vielgestaltigkeit die konservativen Kräfte, jedenfalls bis zur Reichsgründung, überwogen. Damit hat er das Bild, das Ernst Troeltsch in seinen Studien gezeichnet hatte, in einigen wesentlichen Punkten modifiziert. Als 1954 die amerikanische Ausgabe dieser Arbeit erschien, hat der Hamburger Historiker Fritz Fischer von einem „Markstein in der Erforschung der Geschichte des Protestantismus“ gesprochen. Wenn der zweite Band hält, was der erste verspricht, wird man Shanahans Buch fortan in der Tat neben die bahnbrechenden Werke von Ernst Troeltsch und Max Weber stellen müssen.

Bernhard Unckel